

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile ober deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Statistische Begründung der unzulänglichen Teuerungszulagen.

In allen Versammlungen und Zusammenkünften unserer Kameraden, die sich mit der Tarifbewegung im Baugewerbe beschäftigten, wird gefragt, wie nur ein Mensch die Auffassung begründen wolle, daß eine Teuerungszulage, wie sie von den Vertretern des Arbeitgeberbundes in Vorschlag gebracht ist und vom 15. März ab gezahlt werden soll, den Bauarbeitern über die große Notlage hinweghelfe. Hierüber gibt das nun vorliegende stenographische Protokoll über die Tarifverhandlungen am 11. und 12. Februar dieses Jahres Auskunft. Das Reichsamt des Innern hat von Herrn Geheimrat Aurin, dem im genannten Reichsamt statistischer und Versicherungsmathematiker ist, auf Grund von amtlichem Material Berechnungen aufstellen lassen, wonach eine Teuerungszulage von monatlich etwa M. 15 als ein Ausgleich der Teuerung erscheint. Herr Geheimrat Aurin erläuterte seine Berechnungen und führte aus:

„Ich habe die Frage nicht direkt für zwei Bauarbeiter untersucht, sondern für die beiden Einkommensklassen von M. 1200 bis 1600 und von M. 1600 bis 2000, und habe ebenso wie Herr Wieberg die amtliche preussische Preisstatistik für Dezember zugrunde gelegt — die Januarstatistik ist ja noch nicht erschienen — und habe mir berechnet, was würden diese Einkommen im Dezember 1913 aufzuwenden gehabt haben für eine Reihe von Nahrungsmitteln, und zwar Fleisch, Wurst, Butter, Schmalz, Käse, Eier, Kartoffeln, Kaffee, Milch. Es fehlen natürlich eine ganze Reihe wichtiger Nahrungsmittel, über die die Statistik keine Auskunft gibt. Ich habe ermittelt, daß ein Mann mit einem Einkommen von M. 1200 bis 1600 im Dezember 1913 für diese Nahrungsmittel ungefähr M. 500 aufzuwenden hatte und, wenn man die Kriegspreise nimmt, so würde er rund M. 890 aufzuwenden haben. Das würde ein Mehr von 74 pZt. sein. Das sind Zahlen, die mit denen, die Sie haben, auch übereinstimmen. Die höheren Preise der Nahrungsmittel werden ganz allgemein ausgleichend teilweise dadurch, daß man den Konsumanteil einschränkt, wozu man teils behördlich gezwungen ist, indem es an einzelnen Tagen kein Fleisch gibt, oder bei der Butter dadurch, daß man stundenlang warten muß, ehe man sie bekommt, also eventuell auf den Butterkonsum verzichtet. Meine ganze Berechnung gründet sich auf eine Familie von vier Köpfen: Mann, Frau und zwei Kindern. Wenn man Ersparnisse macht, so habe ich diese Ersparnisse so eingeschätzt, daß man von Fleisch und Wurst entsprechend den fleischlosen Tagen zwei Siebel fortläßt, und die Butter habe ich in der Form angefaßt, daß ich pro Woche ein Viertelpfund berechnet habe, was man in Berlin manchmal mit Not ergattert. Das würde äußerstenfalls erspart werden können an Nahrungsmitteln dieser Gruppe. Diese Ersparnis würde ungefähr M. 120 ausmachen, so daß also für die Nahrungsmittel jetzt statt M. 890 nur M. 770 aufzuwenden sein würden. Das würde gegen die Friedenszeit einer Steigerung von 36 pZt. entsprechen, eine Zahl, die ich in meinem eigenen Haushalt bestätigt gefunden habe, wo trotz der Einschränkungen eine Steigerung der Lebensmittel um ungefähr 33 1/2 pZt. eingetreten ist. Diese Nahrungsmittel, die ich genannt habe, machen von den gesamten Nahrungs- und Genußmitteln 59 pZt. aus. Man kann also berechnen, wieviel ein Mann mit einem Einkommen von M. 1200 bis 1600 für Nahrungs- und Genußmittel im Jahre auszugeben hätte, und das wären rund M. 1200. Nun fragt es sich, wie groß das Einkommen in dem speziellen Gewerbe ist. Da habe ich keine andern Unterlagen gehabt als die, welche in der Statistik der Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien mitgeteilt sind, nämlich für den Maurer ein Einkommen von M. 1943 und für den Zimmerer ein solches von M. 2018. Darin waren die Zuschüsse der Familie eingerechnet. Der Arbeitsverdienst des Maurers war angegeben mit M. 1657 und des Zimmerers mit M. 1624, also rund M. 1600. Sie sagen, der Betrag sei viel zu hoch angenommen, aber er gibt uns doch einen Anhaltspunkt; denn meine Berechnungen beziehen sich auf Einkommen von M. 1200 bis 1600 und von M. 1600 bis 2000. Die andern Ausgaben habe ich, um jeglichen Ersparnissen Rechnung zu tragen, nicht höher ansetzen können, als sie in Friedenszeiten angefaßt sind, und das würde M. 950 ausmachen. Ich gebe auch da zu, daß zum Beispiel Seife und Heizung, ebenso Kleidung, Schuhwerk usw. teurer geworden sind, aber, wie gesagt, um nicht zu hoch zu gehen, habe ich mit M. 950, die für diese Ausgaben im Frieden angegeben sind, gerechnet, so daß man durchschnittlich bei einem Einkommen des Mannes von M. 1600 mit Unterhaltskosten von M. 2150 zu rechnen

hätte. Rechnet man davon ab den Mitherdienst der Familie in derselben Höhe wie früher, so würden wir auf rund M. 1800 kommen, also auf ein Mehrbedürfnis von rund M. 200. Das würde durch eine Lohnerhöhung des Mannes um 10 bis 15 pZt. zu decken sein. Ist natürlich das Einkommen niedriger als M. 1600, so ist selbstverständlich die Spannung größer.“

Die „Baugewerkszeitung“ nennt diese Aufmachungen in ihrer Nr. 21/22 vom 11. März 1916 „interessante Ausführungen“, und in der Tat, man darf Herrn Geheimrat Aurin dafür dankbar sein, sie wirken klar und zeigen offen, daß es sich in einer Teuerungszulage von monatlich etwa M. 15 keineswegs um einen Ausgleich der gewaltigen Teuerung handelt. Geringer wird festgestellt, daß die Verteuerung der Nahrungsmittel 74 pZt. beträgt, die eine Erhöhung der Löhne um 10 bis 15 pZt. natürlich nicht ausgleichen kann. Daneben lassen diese Aufmachungen durchblicken, welche enormen Entbehrungen den Bauarbeitern zugemutet werden. So wie in diesen Aufmachungen ist der Zweck der fleischlosen Tage, des Buttermangels usw. noch nirgends aufgefaßt, jedenfalls nicht in den Reihen der besserstuierten Bevölkerungskreise. Davon zeugen ja die lederen Speisekarten der besseren Restaurants an fleischlosen Tagen. Man ist allgemein der Meinung gewesen, daß die knappen oder fehlenden Nahrungsmittel durch andere, möglichst den gleichen Nährgehalt bietende Nahrungsmittel ergänzt werden sollen. Diese Auffassung herrscht natürlich auch bei den baugewerblichen Arbeitern, die vor Beginn der Teuerung schon mancherlei Entbehrungen zu tragen hatten und weitere Entbehrungen kaum ertragen können.

Auf eine Steigerung der Entbehrungen wurde natürlich auch von Seiten der Arbeitgeber angespielt. Herr Behrens trug vor, daß noch im Jahre 1870 der Fleischverbrauch in Deutschland pro Kopf und Jahr höchstens 29 kg betrug, dagegen im ersten Kriegsjahr 1914 mindestens 54 kg, während in Oesterreich-Ungarn heute noch der Verbrauch 29 kg betrage und in Italien sogar nur 13 kg. Wieviel Kilogramm Fleisch alljährlich Herr Behrens konsumiert, sagte er nicht. Seine herkulische Gestalt läßt aber schließen, daß es ein weit größeres Quantum ist als 54 kg im Jahre, die er als Durchschnittsverbrauch in Deutschland nannte. Bedauerlicherweise wurden Behrens' Ausführungen von dem Herrn Vorsitzenden nicht bloß gedeutet, sondern auch unterstrichen, indem er ausführte: „Die Arbeiter bleiben, wie man in andern Ländern und zum Teil auch in Deutschland sieht, auch gesund, wenn sie nicht soviel Fleisch essen. Ob durch starke Fleischkost die Leistungsfähigkeit sehr gesteigert wird, ist wissenschaftlich bestritten.“

Herr Hofzimmermeister Noack aus Dresden schien die Wirkung solcher Aufmachungen zu ahnen, er brachte eine nach seiner besonderen Art zurechtgemachte Statistik zum Vortrage und führte aus:

„Ich habe mir für die Dresdner Verhältnisse auch einmal die Nahrungsmittelkosten und ihre Steigerung, wie sie sich im Laufe des Jahres herausgestellt hat, festgestellt. Als Grundlage habe ich verschiedene Verbrauchsmöglichkeiten angenommen, nämlich einmal die von dem Reichs-Gesundheitsamt, die andere von Dr. Kuczynski, dem Direktor des Statistischen Amtes in Schöneberg, und die dritte ist der Landvolk. Ich habe drei erwachsene Personen zugrunde gelegt und in Vergleich gesetzt die Zeit des Tarifabschlusses und das Jahr 1916. Im März 1913, zur Zeit des Tarifabschlusses, wurden auf die Nahrungsmittelmenge, die ein deutscher Soldat bekommt, gerechnet M. 702,51, und im Januar 1916 würde das kosten M. 1191,84. Es steht weiter fest, daß der Lohn des Maurers und Zimmerers zur Zeit des Tarifabschlusses M. 1650 und jetzt M. 1748 beträgt unter Zugrundelegung einer jährlichen Arbeitszeit von 2372 Stunden. Weiter ist festgestellt, daß der Lohn der Bauhilfsarbeiter im Jahre 1913 rund M. 1370 betrug, heute M. 1488. Zieht man nun von den damaligen Löhnen den damaligen Nahrungsmittelbedarf ab, so hatten der Maurer und Zimmerer damals übrig M. 927,49 für die andern Bedürfnisse, der Hilfsarbeiter nur M. 667,49. Wenn man das heute wieder so macht, so haben der Maurer und Zimmerer im Vergleich zu dem jetzigen Lohn für diese Bedürfnisse M. 556,

der Hilfsarbeiter nur M. 296 übrig. Dieselbe Methode habe ich auch auf die beiden andern Verbrauchsmöglichkeiten angewendet. Danach stellt sich bei den Berechnungen des kaiserlichen Gesundheitsamts die Sache günstiger für den Arbeiter und bei den Feststellungen von Dr. Kuczynski noch günstiger. Das liegt an den verschiedenen Nahrungsmittelzusammensetzungen, welche diese beiden Aufstellungen haben. Nun habe ich aus diesen drei Nationen den Durchschnitt gezogen, und da stellt sich die Sache so: Im Jahre 1913 kosteten die Nahrungsmittel M. 731,81, im Januar 1916 M. 1080,75. Im Jahre 1913 hatten die Maurer und Zimmerer bei 45 Arbeitswochen durchschnittlich M. 1630, die Hilfsarbeiter M. 1370; nach dem Stande vom Januar 1916 sind die Ziffern M. 1748 beziehungsweise M. 1487. Danach hatten Maurer und Zimmerer im Jahre 1913 für andere Bedürfnisse übrig M. 898,19, die Hilfsarbeiter M. 638,19; für den Januar 1916 berechnet M. 667,26 beziehungsweise M. 406,27. Es beträgt also der Fehlbetrag für Maurer und Zimmerer danach M. 230,93, für Hilfsarbeiter M. 231,92. Das ist für eine Arbeitswoche ein Fehlbetrag von M. 5,14. Wenn nun Herr Paepow sich bereit erklärt hat, daß die Arbeiter die Hälfte davon übernehmen sollen, so wird das mit dem stimmen, was wir den Herren angeboten haben. Der Fehlbetrag für Maurer und Zimmerer auf der einen Seite und für die Hilfsarbeiter auf der andern Seite ist also jetzt der gleiche. Daß sich die Maurer damals wie heute besser gehalten haben als die Hilfsarbeiter, können wir nicht ändern.“

Wenn Herr Noack während der Verhandlungen nicht eingesehen hat, daß er mit seiner Statistik den beabsichtigten Zweck nicht erreicht, dann dürfte er es gewahr werden, nachdem das stenographische Protokoll vorliegt. Sein Zahlenpiel war vom Herrn Geheimrat Aurin bereits verdorben, als er es vortrug. Und seine Schlussbemerkung: „Wenn nun Herr Paepow sich bereit erklärt hat...“ wirkt schal, denn Paepow hatte sich natürlich nicht bereit erklärt, die Hälfte von dem eventuellen Rechnungsergebnis des Herrn Noack für die Arbeiter zu übernehmen. Allein Herr Noack hatte dieses sonderbare Manöver sehr nötig, denn seine Rechnung zeigt, daß die vom Arbeitgeberbunde gewährte Teuerungszulage die errechnete Unterbilanz der Arbeiter nicht deckt. Er hat einen Fehlbetrag von M. 5,14 pro Woche errechnet und die gewährte Teuerungszulage beträgt nur M. 3! Hinzu kommt, daß sich Herr Noack bei seinen Berechnungen auf den Statistiker Dr. Kuczynski stützt, der bekanntlich mit Professor Dr. Jung gemeinsam eine Wochenration, die möglichst billig ist, aber nach Meinung der Autoren doch neben ausreichender Ernährung eine gewisse Abwechslung gewährleistet, für eine vierköpfige Familie zusammengestellt hat. Ein Küchenzettel, der einfacher nicht gestaltet werden kann! (Vergleiche „Zimmerer“, laufender Jahrgang Nr. 4, Seite 20.) Demnach mutet Herr Noack seinen Leuten nicht bloß eine so eiweiße und fettarme Kost zu, die sich von der Strafanstaltskost kaum unterscheidet, sondern er weigert sich auch, die Teuerungszulage so zu bemessen, daß diese außerordentlich primitive Kost beschafft werden kann.

Bei den Verhandlungen sind mehrfach Ausführungen gemacht worden, die zur nachträglichen Kritik — teils schärfster Kritik — herausfordern. Wir sehen jedoch davon ab, weil wir nicht beitragen wollen, die vorhandenen Gegensätze zu verschärfen, obgleich der Arbeitgeberbund, wie der Bericht über seine 17. Hauptversammlung zeigt, sich aus naheliegenden Gründen keinerlei Reserve auferlegt. Nur hinsichtlich des Fleischgenusses kommen wir nicht umhin, unsern Standpunkt darzulegen. Wir sind mit der Wissenschaft der begründeten Meinung, daß die Hauptaufgabe der Ernährung die Verhütung des Verlustes an Eiweiß und Fett im menschlichen Körper ist oder doch sein soll. Diese Aufgabe kann aber nur erfüllt werden durch einen hohen Eiweißgehalt in der Nahrung. Die dem Pflanzenreich entnommenen Nahrungsmittel enthalten zwar alle Nährstoffe, die der Mensch zu seiner Erhaltung gebraucht, allein die Eiweiße aus dem Pflanzenreiche sind bedeutend minderwertiger als solche aus dem Tierreiche und erfüllen die gekennzeichnete Hauptaufgabe der Ernährung nicht. Schon die ersten eingehenden Untersuchungen über Verdaulichkeit der Nahrungsmittel zeigten, daß tierische Nahrungsmittel besser vom Körper ausgenutzt werden, weniger Abwei-

dungen ergeben als pflanzliche, und dies bestätigen auch die späteren Forschungen. Die Zufuhr von verdauten Eiweißkörpern ist für den Menschen Existenzbedingung. Das Eiweiß ist nächst dem Wasser der Hauptbestandteil der Muskeln. Die Muskulatur kann sich nur bilden und stärker werden, wenn der Körper Eiweiß erhält. Bei andauernder angestrengter Arbeit ist eine Erhöhung der Eiweißzufuhr notwendig, weil ein starker Eiweißgehalt der Säfte für die Unterhaltung der energischen Leistung erforderlich ist. Und wer kann im Ernst leugnen, daß Individuen und Völker, in deren Ernährung sich nur ein geringes Quantum Eiweiß vorfindet, schlecht ernährt, klein, schwächlich und wenig tätig sind? Eine eiweißarme Nahrung erweist sich als eine Art langsamen Hungertodes mit bedeutender Herabsetzung der Leistungsfähigkeit! (Vergleiche Professor Dr. Lichtenfeld: „Die Geschichte der Ernährung.“) Angenommen, es trifft zu, was Herr Behrens vortrug, daß nämlich der Fleischkonsum in Deutschland sich seit dem Jahre 1870 und gegenüber dem Auslande bedeutend gehoben hat — wir können diese Behauptung nicht auf ihre Richtigkeit kontrollieren — dann würde damit die vorstehend umschriebene Auffassung bestätigt, denn seit dem Jahre 1870 hat ja das deutsche Volk den großen Ausschlag genommen, der während des gegenwärtigen großen Völkerringsens so auffällig in Erscheinung tritt. Es liegt somit nicht im öffentlichen Interesse, auf die Einschränkung des Fleischgenusses hinzuwirken.

Aber selbst wer den hohen Wert des Fleischgenusses nicht anerkennt, der wird doch zugeben müssen, daß die tierischen Nahrungsmittel die wirksamsten Sättigungsmittel sind. Wer sich mit guter Fleischkost sättigt, hält es länger aus, als jener, der sich den Leib mit Kartoffeln vollstopft. Und jedenfalls muß derjenige, der sich bisher auch nur teilweise mit Fleischkost sättigte, ein Ersatzmittel haben, wenn er auf Fleisch verzichten soll. Solche Ersatzmittel, auch wenn es die primitivsten wären, kosten aber auch Geld, und zwar während des Krieges gar nicht wenig. Mit dem Verzicht auf Fleisch ist, kurz gesagt, den hausgewerblichen Arbeitern in keiner Weise geholfen.

Ein unbegründetes Gerücht.

Von Ad. Thiele.

Schon im vorigen Sommer lief das Gerücht um, die deutsche Reichsregierung habe Friedensangebote, die im Frühjahr seitens der englischen Regierung gemacht worden seien, abgelehnt. Als der Reichstag zur Sommer-session zusammentrat, war das Gerücht natürlich Gegenstand privater Erörterungen, und es wurde an der verantwortlichen Stelle angefragt, wie es damit stehe. Die Auskunft lautete, das Gerücht entbehre jeder tatsächlichen Grundlage, von der englischen Regierung sei in keiner Form irgendein derartiger Vorschlag eingegangen, lediglich von Privatpersonen sei versucht worden, einen Weg zum Frieden anzubahnen. Diese Auskunft ist in den Fraktionen bekannt geworden und das Gerücht verschwand. Neuerdings ist es wieder verstärkt aufgetaucht; namentlich in einigen unserer Parteikreise wird es lebhaft weitergetragen, anscheinend zu dem ausgesprochenen Zwecke, die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung, die in der Dezemberrede des Reichskanzlers zum Ausdruck gebracht worden ist, als nicht ernst gemeint erscheinen zu lassen. Vor allem hat ein Parteiblatt in einem der neutralen Staaten, das von Anfang des Krieges an sich in der naiven Rolle eines Sittenrichters über unsere Reichstagsfraktion gefällt, die angebliche Ablehnung englischer Friedensangebote dazu benutzt, der deutschen Regierung die Schuld an der langen Dauer des Krieges aufzubürden und die Fraktionsmehrheit als Verräterin am Sozialismus und den Arbeiterinteressen zu denunzieren. Das Bestreben, die Haltung der Fraktionsminderheit als allein richtig hinzustellen, veranlaßt das Blatt, neben andern ungereimten Zeugnissen auch das alte Märchen aufzuwärmen.

Da mag es angemessen sein, zur Vermehrung der Klarheit auf die Angelegenheit etwas näher einzugehen. Im April 1915 versammelten sich bürgerliche Friedensfreunde aus Deutschland und England im Haag, als dort der niederländische Antiochlograt, eine den Krieg grundsätzlich verneinende Gesellschaft, seine Beratungen abhielt. Vorsitzender des Antiochlograts (das heißt Kriegs-)rats ist Dr. Dresselhuys, Generalsekretär im niederländischen Justizministerium. Er und ein Professor der englischen Universität Cambridge sowie ein englischer bürgerlicher Parlamentarier traten kräftig für Herbeiführung eines baldigen und dauernden Friedens ein, und sie unterbreiteten später ihre Wünsche und Meinungen einzelnen Regierungen, selbstverständlich nur als friedensfreundliche Personen, nicht als Beauftragte irgendeiner Regierung. Das ist und war alles.

Wenn weiter behauptet wird, dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Deutschland seien gleichfalls von ausländischen Parteigenossen Mitteilungen zugegangen, nach denen ihre, also die ausländischen Regierungen zum Frieden bereit wären, so ist auch das in den Vereinen freier Arbeiter zu verweisen. Wie ist das in irgend-

einer Weise geschehen, weder von einem neutralen Lande noch gar von England, Frankreich oder Rußland aus. Vielmehr hat die deutsche Parteileitung während des Krieges wiederholt, leider immer vergeblich, sich bemüht, die internationalen Beziehungen zu den Bruderparteien in den mit uns Krieg führenden Ländern wieder aufzunehmen. Von Frankreich aus sind alle diese Bestrebungen so schroff und mit beleidigenden Bemerkungen zurückgewiesen worden, daß Klugheit und einfache Selbstachtung gebieten, vorläufig von weiteren Versuchen dieser Art abzusehen. Daß trotzdem die deutsche Parteileitung bereit ist, Vermittlungen von dritter, neutraler Seite anzunehmen, hat sie ausdrücklich erklärt.

Zu dem Vorgehen des Dr. Dresselhuys und seiner näheren Freunde mag noch bemerkt sein, daß ihre an sich gewiß durchaus lobenswerten Bemühungen schon um deswillen gänzlich fruchtlos bleiben mußten, weil sie auf die englische Regierung nicht den geringsten Einfluß besitzen. Auch haben unsere holländischen Parteigenossen erklärt, daß die englische Regierung, falls sie mit Hilfe der holländischen Regierung Verhandlungen mit Deutschland anknüpfen wollte, sich nicht des Dr. Dresselhuys bedienen würde. Uebrigens hat letzterer neuerdings selbst bestritten, mit offiziellen oder auch nur offiziellen englischen Stellen in Friedensbesprechungen eingetreten zu sein. Wie aussichtslos das, nebenbei bemerkt, gewesen sein würde, ergibt sich aus der Tatsache, daß die ihren Regierungen rahestehenden friedensfeindlichen Blätter Frankreichs und Englands vor den Arbeiten des Berner internationalen Kongresses „zum Studium der Grundlagen eines dauernden Friedens“ warnten. Der Präsident des Vorkongressausschusses dieses Kongresses war aber wiederum Dr. Dresselhuys, dessen Namen als erster unter dem Aufrufe des Kongresses stand. Das Organisationskomitee des Kongresses sah sich infolge der Warnungen seitens der englischen und französischen Kriegsheerführer zu folgender Erklärung veranlaßt:

„Was schon aus den Namenlisten des Komitees hervorgeht, sei hier mit aller Bestimmtheit ausdrücklich festgelegt: die Organe des Kongresses sind niemals mit irgendwelchen offiziellen oder offiziellen Persönlichkeiten in irgendwelchen Friedensverhandlungen getreten, wie ein Teil der Presse fälschlich. Sie stehen auch mit Herrn Kesser oder der Zimmerwalder Konferenz in keinerlei Beziehungen. Es ist den Kongressorganen einzig und allein um die Sache eines künftigen dauernden Friedens zu tun; jeder Neben Zweck in irgendwelcher Form und jede Begünstigung der einen oder andern kriegführenden Macht liegt ihnen vollständig fern.“

Wer allen diesen Versicherungen keinen Glauben beimessen und an dem falschen Gerücht trotzdem festhalten will, der versetze sich in die militärische Kriegslage im vergangenen Frühjahr zurück und frage sich, ob damals die Situation derart war, daß England im Gegensatz zu den mehrfachen großsprecherischen Reden der Asquith, Churchill, Grey und George die Hand zum Frieden auszustrecken geneigt sein konnte. In Galizien hatten damals die Russen Przemysl genommen, und ihre Millionenheere drangen über die Karpathen nach Ungarn vor. Von Krakau aus bereiteten die Russen den Einfall nach Schlesien vor. Daß Italien sich mit den Westmächten verbünden würde, war den englischen Staatsmännern bereits bekannt. Die Lieferung unbegrenzter Munitionsmengen durch Nordamerika war gesichert, die bösliche Absperrung Deutschlands von der Seezufuhr war durchgeführt und damit nach Auffassung der englischen und französischen Regierung die Aushungerung Deutschlands gewährleistet. Die Anwerbungen in England hatten überraschend günstige Ergebnisse zeitigt. In Frankreich war es nach dem französischen Siege in den Marneeschlachten zum Stellungskrieg gekommen, und den deutschen Heeren gelang es nicht mehr, nennenswerte Fortschritte zu erreichen. Die als Kriegsziel der Westmächte wiederholt und aufdringlich angekündigte Niederschmetterung Deutschlands und Österreichs schien also gerade im Frühjahr 1915 in greifbarer Nähe gerückt zu sein. Und bei diesem Sachverhalt sollte Asquith, dessen laute Siegesprahlerien erst vor zwei Wochen wieder über den Kanal in die deutsche Regierung den Frieden angeboten und die deutsche Regierung sollte ihn abgelehnt haben? Wer das annimmt, verfügt über größere Leichtgläubigkeit als zulässig ist.

Am 5. Juni 1915 stellte der Reichskanzler in der „Nordb. Allgem. Zeitung“ fest, daß keinerlei Friedensanregungen der englischen Regierung nach Berlin gelangt seien. Dagegen habe im März 1915 ein angesehener Amerikaner, der aus London und Paris nach Berlin kam, mitgeteilt, daß in Frankreich und England keinerlei Geneigtheit zu Verhandlungen bestehe. Schließlich sei noch darauf aufmerksam gemacht, daß in dem seither verstrichenen Jahre die englische Regierung niemals behauptet hat, der deutschen Regierung direkt oder indirekt Friedensangebote gemacht zu haben. Eine solche Mitteilung wäre sicher erfolgt, wenn dadurch die von Bethmann im Dezember 1915 ausgestreckte Hand vor aller Welt als unehrliche Geste hätte gebrandmarkt werden können.

So steht es um das angeblich abgelehnte Friedensangebot der englischen Regierung.

Kriegsopfer statt Kriegsgewinne!

In der „Chemiker-Zeitung“ hat Professor Dr. Laffar-Cohn, Königsberg i. Pr., über seine auch vom Institut für Gärungsgewerbe gründlich beurteilte Erfindung zur Verbilligung der Kraftfutterherstellung Mitteilung gemacht. Es handelt sich bei dem Verfahren um eine Benützung tierischer Horns an Stelle des jetzt für Sprengstoffe vorteilhafter verwendbaren Ammoniaaks. Der Gelehrte denkt dabei weniger an fabrikmäßige als an eine eigene Gewinnung in der Nähe großer Viehställe oder der Pferdehöfe von Kasernen. Ganz besonders interessant ist seine Schlussbemerkung, die verdient, daß jeder Deutsche sie kennen und für sich selbst beherzigen lernt: „Ich habe meine Erfindung nicht zum Patent angemeldet, sondern stelle sie jedem frei zur Verfügung. Denn ich meine, daß es in dieser Zeit, wo zahllose Mitbürger ihr Leben für das Reich einsetzten, einem Bürger, der wegen Alters zu Hause geblieben ist, nicht ansteht, aus einem Gedanken auf einen Gebiete geldlichen Vorteil ziehen zu wollen, mit dem die Ernährung des Volkes zu eng verknüpft ist.“ In einer Zeit, wo die wichtigste Nahrungsmittel, die Milch, zu einem Teile infolge Futtermangels und Futtermittelverknappung eine beängstigende Knappheit aufweist und auch unsere Fleischvorräte aus den gleichen und andern Gründen unzureichend sind, wird die Allgemeinheit dem uneigennütigen Erfinder als einem Wohltäter des Volkes gewiß Dank zollen. Denn erstens eröffnet sein wissenschaftliches Werk erfreuliche wirtschaftliche Perspektiven. Vor allem aber führt sie uns auch vor Augen, daß es noch Opferfreunde gibt, im Gegensatz zu andern „Luzenden“, die sich aus der sehr deutlichen Sprache eines landwirtschaftlich orientierten Berliner Blattes ergibt: „Entweder läßt man der Landwirtschaft einen Gewinn, oder besser Reinertrag, der auch den kapitalistischen wie den unter ungünstigeren natürlichen Bedingungen arbeitenden Wirtschaften — und diese zusammen bilden jedenfalls die erhebliche Mehrheit aller ländlichen Betriebe — die Aufrechterhaltung der Produktion ermöglicht, oder man führt eine steigende Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion noch benutzt herbei, neben der durch die Kriegsverhältnisse schon unermesslichen. In diesem letzteren Falle aber muß zu irgendeinem Zeitpunkt die Nahrungsmittelbede so kurz werden, daß an Stelle der Knappheit wirkliche Not tritt, mit ihrer natürlichen Folge für den ganzen Kriegsausgang. Eine dritte gibt es nicht. Diese Alternative muß das deutsche Volk sich rückhaltlos klarmachen.“

Das Steigen der Rindviehpreise.

(Aus dem „Vortwärts“ vom 12. März 1916.)

Die Preise für Rindvieh und Rindfleisch haben sich bis zum Herbst vorigen Jahres auf erträglicher Höhe gehalten, was auch der Marktlage entsprach. Zwar stiegen die Preise für Futtermittel, aber es war doch nur ein Teil der Viehhalter, der für die Rinder diese teuren Futtermittel kaufte, da in der Hauptsache mit Heu, Gädels, Futterrüben, Kartoffeln aus der eigenen Ernte gefüttert wird. Im nicht Futtermittel kaufen zu müssen, haben vielfach die Landwirte die überflüssigen Fresser, vor allem schlecht melkende Kühe und zum Teil Jungvieh abgestoßen. Daher war das Angebot an Vieh ziemlich reichlich. Es machte sich wohl Mangel an erstklassig voll ausgemästeten Ochsen fühlbar, die Qualität des Fleisches wurde geringer, aber der Markt war reichlich versorgt und die Preise blieben eschwänglich. — Erst seit der Kalamität mit dem Schweinefleisch begann, wurde auch der Markt für Rindvieh desorganisiert. Weil die Produzenten für Schweine fabelhafte Preise erreichten, wollten sie sie auch für Rinder erzielen. Die Schweine wurden zurückgehalten, Schweinefleisch war überhaupt nicht zu haben, daher nahm der Konsum von Rindfleisch stark zu, die Nachfrage nach Rindern ging sprunghaft in die Höhe und ebenso die Preise. Vergleicht man für Berlin die Preise mit jenen vor einem Jahre, so ergibt sich folgendes:

	Ende Febr. 1916	Ende Febr. 1915
für 1 Zentner lebendes Vieh:		
Junge fleischige Ochsen	111,50	49,—
Gut genährte ältere Bullen	96,—	41,—
Vollfleischige, ausgemästete Kühe	112,50	47,—
Jungvinder (Fresser)	85,—	36,—
für 1 Zentner Fleisch im Großhandel:		
Ochsen zweiter Qualität	189,90	77,—
Bullen zweiter Qualität	180,—	70,80
Fette Kühe	195,—	68,80
Jungvinder (Fresser)	177,50	65,—
für 1 Pfund Fleisch im Kleinhandel:		
Kuile	2,23	1,06
Brust	2,13	—,88

Gerade in den letzten Wochen sind die Preise für Vieh am Berliner Markt sprunghaft gestiegen. Noch Mitte Januar wurde gezahlt für Ochsen M 70, für Bullen M 52,50, für Kühe M 60, für Fresser M 50.

Diese Preistreiberie steht im Zusammenhang mit dem geringeren Auftrieb auf dem Viehmarkt.

Die Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates spricht von einer „Verwilderung der deutschen Schlachtwiehmärkte“. Sie legt das in Verbindung mit der „unseligen Höchstpreispolitik für Schweine und Schweinefleisch“ und führt folgende Zahlen an: Es betrug der Auftrieb am Berliner Schlachtwiehmärkte nach den amtlichen Berichten

im Monat	Rinder	Kühe	Schafe	Schweine
Oktober 1915	46 038	14 455	58 649	88 376
November	41 776	12 313	36 447	55 287
Dezember	47 854	15 361	43 523	53 910
Januar 1916	42 894	12 367	36 378	40 890
Februar	31 516	10 512	33 035	21 116

Wer trägt nun die Schuld an diesem Zustande? Sollten die Landwirte das Vieh zurück oder die Händler? Vermutlich werden wir darüber demnächst scharfe Auseinandersetzungen zwischen den beiden Interessentengruppen haben. Die Preisberichtsstelle des Landwirtschaftsrates glaubt allerdings den Schuldigen in der Regierung gefunden zu haben.

die „die unseligen Höchstpreise für Schweine im November festsetzte“. Sie meint: „Ohne den staatlichen Eingriff im November hätte Berlin im Februar zweifellos einen Auftrieb statt von 21 000 von etwa 90 000 bis 100 000 Stück für die Fleischversorgung seiner Bevölkerung gehabt.“ Das darf man füglich bezweifeln. Ohne den staatlichen Eingriff wären die Preise für Schweine ins Ungeheuerliche gestiegen. Da aber die Bevölkerung solche Phantasiereise nicht leisten kann, so wäre eben der Konsum zurückgegangen, der Auftrieb hätte also nicht in dieser Weise steigen können. Darin aber hat der Landwirtschaftsrat recht und wir haben das von vornherein sofort im November betont: regelte man die Preise für Schweine und Schweinefleisch, so mußte man es auch für Rinder und Rindfleisch tun. Außerdem rächt sich prompt das Schwanzen der Regierung: die im November festgesetzten Höchstpreise wurden im Februar erhöht und da haben nicht etwa die Landwirte geliefert, sondern sie sagten sich, daß sie nun erst recht Lust haben, noch viel höhere Preise zu erzwingen. Genau so halten sie es aber wohl auch mit den Rindern.

Nun hat man bekanntlich den Handel mit Vieh Zwangsverbänden der Viehhändler übertragen in der Weise, daß nur die von diesem Verbände autorisierten Händler Vieh aufkaufen und an die städtischen Märkte bringen dürfen. Gerade seitdem diese Regelung eingetreten ist, ist aber der Auftrieb scharf zurückgegangen und die Preise steigen so sprunghaft.

Jetzt hat der Verband für Brandenburg — mit behördlicher Genehmigung — Höchstpreise für Berlin und die Provinz Brandenburg festgesetzt. Es handelt sich um Stallpreise, also Preise, die an die Viehhalter gezahlt werden sollen, wobei nach Lebendgewicht gerechnet wird (nichtern gemogen zwölf Stunden nach der letzten Fütterung). Sie lauten:

Gewicht des Tieres	Vollfleischige Mastochsen (bis zu 6 Jahre alt), Bullen, Kühe (noch nicht gefalbt) Preis für den Zentner höchstens Markt	Kühe und alte Ochsen Preis für den Zentner höchstens Markt
11 und mehr	100	90
10	95	85
9	90	80
8	85	75
7	80	70
6	75	65
5	70	60
4	65	55
3	60	—

Beim Verkauf seitens der Händler sollen zu diesen Preisen die Frachtkosten und höchstens 5 pZt. des Einstandspreises geschlagen werden.

Die Preise sind mit den bisher amtlich notierten Preisen am Viehmarkt schwer zu vergleichen, weil die Kategorien andere sind. Wenn der amtliche Bericht „junge fleischige Ochsen“ nennt, so sind damit wohl Tiere nicht unter 8 Zentner gemeint. Für diese wurden Ende Februar M 115 notiert, während es vor einem Jahre M 49 pro Zentner waren. Jetzt soll der Stallpreis M 85 bis 100 betragen. Bei 5 pZt. Zuschlag sind es M 89,25 bis 105, wozu noch die Transportkosten kommen. Tiere von 3 bis 5 Zentner sind „Preiser“. Für diese notierte man Ende Februar M 85 pro Zentner, während der Stallpreis M 60 bis 70 beträgt; mit dem Zuschlag M 63 bis 73,50 und die Transportkosten. Es scheinen also die Februarpreise zugrunde gelegt, Preise, die mehr als das Doppelte höher sind als die Preise vor einem Jahre.

Mit andern Worten: Nachdem man zugelassen hat, daß der Markt „manifestiert“ wurde, daß die Preise zu schwindelhafter Höhe getrieben worden sind, fixiert man diese Preise.

Da erfahrungsgemäß die Höchstpreise alsbald zu Mindestpreisen werden, unter denen nichts zu haben ist, so bedeutet das, daß auf eine Herabminderung der Preise am Viehmarkt und daher auch der Fleischpreise nicht zu rechnen ist.

Wird nun wenigstens der Auftrieb zunehmen? In der Veröffentlichung über die Stallpreise befindet sich das ominöse Wortchen „bis auf weiteres“. Da ist zu befürchten, daß die Herren Landwirte vor allem darauf die Betonung legen. Sie haben die Erfahrung gemacht bei Getreide, bei Kartoffeln, bei Schweinen, daß noch allemal „auf weiteres“ die Höchstpreise außer Kraft gesetzt und weiter erhöht wurden und werden daher aller Wahrscheinlichkeit auch mit den Rindern weiter zurückhalten.

Erstaunlich ist die Bestimmung, daß die Händler nur 5 pZt. Zuschlag auf die Einstandspreise machen sollen, worin alle „Handelsunkosten einschließlich des Handelsgewinn“ einbegriffen sein sollen. Das reimt sich offenbar nicht. Man kauft Vieh nicht anders, als nach Beschichtigung an Ort und Stelle. Schon die Fahrten der Händler verursachen also Kosten, die oft mehr als 5 pZt. des Einstandspreises betragen. Und daß beim Viehhandel nur 5 pZt. verdient werden sollen, ruft unwillkürlich ein Lächeln hervor. Da uns der fromme Glaube fehlt, daß die Viehhändler plötzlich ihr Geschäft aus reinem Altruismus betreiben und noch dabei zusehen wollen, so bleibt uns die Bestimmung vorläufig vollkommen rätselhaft.

Sobiel ist jedenfalls sicher: diese Stallpreise mögen den Landwirten sehr willkommen sein, aber sie bedeuten unerschwingliche Fleischpreise. Daher ist eine andere Regelung der Fleischversorgung mit erschwinglichen Preisen und — wenn es nicht anders geht — mit zwangsweiser Beschlagnahme unausbleiblich.

Die fortwährende Verteuerung der Lebensmittel.

(Aus der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Nr. 11 vom 11. März 1916.)

Die monatlichen Uebersichten über die Lebensmittelpreise zeigen, wie auch im Monat Dezember die Lebensmittelpreise wieder erheblich gestiegen und damit die Lebenshaltung weiter verteuert worden ist. Die durchschnittliche Preisziffer, die den wöchentlichen Ernährungslohnbetrag

für eine Familie von vier Köpfen anzeigt, ist danach von 38,86 auf 39,33 gestiegen, nachdem sie im November erfreulicherweise von 41,90 im Oktober auf 38,86 zurückgegangen war. Die den diesbezüglichen Berechnungen zugrunde liegende dreifache Marinesoldatenration, die zur Ernährung einer vierköpfigen Arbeiterfamilie (zwei Erwachsene und zwei Kinder) als ausreichend angenommen werden kann, setzt sich wie folgt zusammen:

Rindfleisch	2400 g	Kartoffeln	9000 g
Schweinefleisch	2250 „	Brot	15750 „
Lammfleisch	2400 „	Butter	1325 „
Reis	450 „	Zucker	1020 „
Bohnen	900 „	Salz	318 „
Erbsen	900 „	Kaffee	315 „
Weizenmehl	1500 „	Tea	63 „
Bäckpflaumen	600 „	Essig	0,33 l

Die Preise dieser Einheiten stellt das Calwerische statistische Bureau jeden Monat nach ziemlich zuverlässigen und einheitlichen Erhebungen der Kleinhandels- oder Markthallenpreise in etwa 200 deutschen Städten (Groß-, Mittel- und Kleinstädte) fest und ermittelt daraus unter anderem den Reichsdurchschnitt. Auf diese Weise wurden für jeden einzelnen Monat in den letzten Jahren folgende Wochensummen als Kostenpreis einer dreifachen Marinesoldatenration in Mark und Pfennigen ermittelt:

Monat	1912	1913	1914	1915	Veränderung seit 1912
Januar	24,69	26,01	25,57	29,65	+ 20,1 %
Februar	24,83	25,86	25,29	31,49	+ 26,8 „
März	25,18	25,83	25,08	32,90	+ 30,6 „
April	25,74	25,61	24,96	34,41	+ 33,7 „
Mai	25,52	25,43	24,70	36,49	+ 40,9 „
Juni	25,85	25,35	24,73	37,36	+ 44,5 „
Juli	26,10	25,88	25,12	38,16	+ 45,8 „
August	26,66	25,83	26,41	39,13	+ 46,7 „
September	26,63	25,78	26,14	39,93	+ 49,9 „
Oktober	26,26	25,73	27,09	41,90	+ 59,5 „
November	26,08	25,58	27,86	38,86	+ 49,0 „
Dezember	26,03	25,46	28,72	39,33	+ 51,1 „
Jahresdurchschnitt	25,80	25,69	25,97	36,63	+ 41,6 %

Diese Entwicklung zeigt, daß die Höchstpreispolitik nicht ausreicht, die vorhandenen Lebensmittelvorräte der Bevölkerung zu einigermaßen erträglichen Preisen zuzuführen. Die vorstehenden Ziffern lassen durchweg erkennen, daß mit der Ausdehnung der Höchstpreise die Preise nicht billiger, sondern teurer wurden. Der privatkapitalistische Geist spottet eben jeder gesetzlichen Schranke. Er kann nur von innen heraus durch engere Verbindung der Verbraucher mit der Produktion und Güterverteilung auf gemeinnützige Bahnen geführt werden. Der Weg von der Hand zum Munde muß kürzer werden und deutlicher zu erkennen sein. Die Ziffern zeigen aber noch ein weiteres. Sie zeigen, daß die Behauptung von der Unterernährung weiter, sehr weiter Volksschichten nicht bloßes Schlagwort und hohles Gerede, sondern leider bittere Wahrheit ist. Auf rund M 40 wöchentlich ist der Ernährungslohnbetrag für eine aus Mann, Frau und zwei Kindern bestehende Familie angewachsen. Wie groß ist wohl die Zahl der Familien, denen überhaupt M 40 wöchentlich zu ihrer gesamten Lebensführung zur Verfügung stehen! Wesentlich geringer ist ihr Einkommen, und davon haben sie nicht nur ihre Ernährung, sondern auch die Bekleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Steuern und vieles, vieles mehr — häufig noch dazu bei starker Familie — zu bestreiten. Muß da nicht die Ernährung zur Unterernährung werden? Ganz abgesehen davon, daß die für eine Arbeiterfamilie nötigen Fleisch- und sonstigen Nahrungsmengen gegenwärtig überhaupt nicht zu haben sind.

Wie Viehhandelsgewinne entstehen!

Auf dem Frankfurter Schlachtviehmarkt hat nach Mitteilung aus Konsumentenkreisen ein Viehhändler einem Metzger eine Kuh für M 2000 an. Der Metzger lehnte ab. Nach einer Stunde bot derselbe Händler demselben Metzger das Tier für M 1700 an. Wieder Ablehnung. Schließlich verkaufte der Händler die Kuh für M 1470 an einen anderen Metzger, also um M 530 weniger, als sie der erste Metzger erstehen sollte! Wie mag dieser Händler die Kuh in Wirklichkeit eingekauft haben, wenn er sie schließlich „noch“ für M 1470 veräußerte? Das Beispiel lehrt, wie das Vieh auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher verteuert wird und daß die Einrichtung der Viehhandelsverbände unter staatlicher Kontrolle von zwingender Notwendigkeit war.

Die geschädigten Konsumenten!

Das früher übliche Verhältnis einer gewissen Abhängigkeit des Geschäftsmannes von seiner Rundschau ist durch den Krieg und die Knappheit an notwendigen Bedarfsartikeln auf den Kopf gestellt worden. Es war neuerdings der Verkäufer, der die Geschäftsbedingungen diktierte. Der Verbraucher mußte froh sein, überhaupt Ware zu bekommen. Er drückte auch bei manchen Unregelmäßigkeiten und manchem Verstoß gegen die behördlichen Bestimmungen ein oder beide Augen zu. Denn eine Anzeige hätte ihm einfach die Einkaufsmöglichkeit, zum mindesten manche Bequemlichkeit geraubt. Jetzt auf einmal ist das alte Verhältnis wieder hergestellt. Der Konsument kommt wieder zu Ehren! Denn er besitzt das Mittelstück zu einer Groß-Berliner Brotkarte! Wenn jetzt die Jagd nach dem sehr geehrten Verbraucher mit Hilfe großer Zeitungsaufreufe und anderer Mittel, der plötzlich kleine Buttergroßhändler zu einer Ausschaltung vieler kleiner Buttergeschäfte führt, so wird dies vor allem aus allgemeinen Verteilungstechnischen Gründen für die demnächstige Butterversorgung beklagt werden müssen. Schlimmer noch ist es, wenn der Verbraucher, je nach der Brotkartenzahl, einmal der Herr und dann wieder der Knecht des Händlers ist. So besteht zum Beispiel in Schöneberg ein inorganisiertes Brotkartensammelsystem mit Hilfe von Frauen, die die Sache im großen betreiben und dafür, je nach der Zahl der gesammelten Mittelstücke (150, 100, 50 oder weniger), mit

größeren oder kleineren Butter-, Schmalz- und Margarine-mengen für ihren Eifer belohnt werden. Die nur mit einer einzigen Brotkarte versehenen Käufer müssen schon Marmelade oder Schmalz (zu M 4 das Pfund!) kaufen, wenn sie ihr Butterquantum erhalten wollen. Der Kriegsaus-schluß für Konsumenteninteressen hat diesen Großhändler bei der neuen Butterverorgungsstelle für Groß-Berlin angezeigt, damit er bei der kommenden Butterverteilung unberücksichtigt bleibt und auch sonst seine unbediente Straße findet.

Vorsicht nach dem Zucker.

Der Zucker ist verschwunden, verteuert außerdem. Deutschland ist das zuckerreiche Land, Zuckermangel ist Wahnsinn, Zuckermangel ist Frevel! Denn der Zucker ist das letzte Volksnahrungsmittel, nachdem Fett, Butter und sogar Kartoffel fehlen und die Brotkarte verkleinert ist. Der Zucker muß wieder herbeigeschafft werden. Der Kriegsaus-schluß für Konsumenteninteressen, Berlin W 35, Potsdamerstraße 56, bittet alle, welche über Zuckerbestände Auskunft geben können, dieses unverzüglich zu tun. Nicht nur seine angeschlossenen sieben Millionen Mitglieder, sondern auch die Händler, welche schon im vorigen Jahre in gleicher Weise dem Volkswohle dienten.

Sobald bekannt ist, wo der Zucker steht, dürfte er schnell mit Hilfe des Reichstages und der Behörden dem Volke wieder zugeführt werden.

Erhöhte Butterlieferung an Kinder und Kranke.

Im Anschluß an die Ratsschlüsse des Reichskanzlers gegenüber den Städten in Sachen der Butterverteilung, die Kinder unter zwei Jahren überhaupt und Kinder von zwei bis zu vierzehn Jahren zur Hälfte von der Versorgung ausschloß, sowie Kranke wie Gesunde behandelten, haben sich wissenschaftliche Autoritäten dem Kriegsaus-schluß für Konsumenteninteressen gegenüber gutachtlich zu dieser Frage geäußert. Es wurde betont, daß auch Kinder unter zwei Jahren eine reichliche Fettzufuhr brauchen. Dies geschieht allerdings am besten in der Form von Mutter- oder Tiermilch. Dabei ist vorausgesetzt, daß die Menge und Güte der Milch ausreicht, was jetzt nicht immer der Fall ist. Kinder von sechs bis vierzehn Jahren, besonders in den Pubertätsjahren zwölf bis vierzehn, brauchen dagegen so viel Butter wie Erwachsene. Auch Kranke, in erster Linie Zuckerkranker und solche, die an Verdauungsstörungen leiden und Kohlehydrate in größeren Mengen nicht vertragen, müßten Butter in erhöhtem Maße erhalten. Man darf annehmen, daß die Regierung diese beachtenswerten Ratsschlüsse zum Anlaß nimmt, den Gemeinden nach dieser Richtung noch neue Winke zu erteilen, wenn man dort nicht schon, wie an verschiedenen Stellen, aus eigener Initiative Butterzuschüsse an Kinder und — gegen ärztliches Attest — an Kranke verausgabt, die dann zweckmäßig zu Vermeidung der üblichen Mißbräuche (auch mit Attesten!) unter medizinischer Oberaufsicht in besonderen Verkaufsstellen nach vorheriger Anmeldung gegen Butter eingetauscht werden können.

Preistreiberei in der Konfektion.

In Vorahnung der zu erwartenden Wachsenschäften von Interessenten war gelegentlich der Verordnung über die Beschlagnahme der Webstoffe auch eine Bekanntmachung erschienen, in der folgendes gesagt war: „Beim Verkauf von Web-, Wirk- und Strickwaren, gleichgültig aus welchen Spinnstoffen dieselben hergestellt sind, sowie der hieraus gefertigten Erzeugnisse darf der Verkäufer keinen höheren Preis vereinbaren als vor dem 31. Januar 1916 bei gleichartigen oder ähnlichen Verkäufen erzielt hat. Hat der Verkäufer vor dem 31. Januar 1916 den betreffenden Gegenstand nicht gehandelt, so darf er keinen höheren Preis vereinbaren als den, welchen ein gleichartiges Geschäft innerhalb desselben höheren Verwaltungsbezirks vor dem 11. Januar 1916 für den Gegenstand erzielt hat.“ Wie gerechtfertigt diese behördlichen Bestimmungen waren, ergibt sich aus folgenden bezeichnenden Darlegungen in der neuesten Nummer des gewiß einwandfreien „Konfektionär“: „Im allgemeinen ist es im Konfektionsgeschäft etwas ruhiger geworden. Das liegt auch teilweise daran, daß die Konfektionäre in Anbetracht des im Herbst zu erwartenden Stoffmangels ihre trotz der herrschenden Schwierigkeiten zum Teil recht umfangreichen Stoffmangel lieber unter Verzicht lassen, anstatt sie jetzt zur Verarbeitung freizugeben. Sie gehen dabei von der Ansicht aus, daß im Herbst die Preise gegen die jetzigen vielleicht noch bis 50 pZt. steigen werden. Rohmaterial, die vor drei Monaten bis M 4 gehandelt wurden, kosten heute M 7. Diese Preise werden gern bewilligt; trotzdem werden diese Stoffe vorläufig noch nicht abgegeben; denn wenn die Preise steigen, wie bisher, so können diese Stoffe im Herbst M 10 erzielen. Die Spekulation in Stoffen ist so stark wie nie zuvor, da sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach gut bezahlt machen wird.“ Es darf wohl angenommen werden, daß die maßgebenden Stellen diesem Treiben gegen den Geldbeutel der Konsumenten durch reichsweit und schnelles Eingreifen ein unruhliches Ende bereiten werden.

Halbamtliche Geringschätzung der Wissenschaft.

Der „Nachrichtendienst für Ernährungsfragen“, die halbamtliche Korrespondenz der Reichsleitung, hat die Vermangelung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und des Kriegsaus-schusses für Konsumenteninteressen hinsichtlich der Freigabe von 45 000 Tonnen Brotgetreide an die Schnapsbrenner mit dem Hinweis abgetan, daß es sich dabei um eine Maßregel älteren Datums handelt. Natürlich ist die Frage, in welchem Kriegsmoat die ohnehin nicht überreichen Brotgetreidevorräte durch Ueberweisung dieser ganz anständigen Menge verringert wurden, völlig nebensächlich. Das Gutachten, das der Verbraucherausschuß von wissenschaftlichen Autoritäten eingeholt hatte, ging auf diese Seite der Angelegenheit auch gar nicht ein, sondern hat lediglich dargetan, daß die Verbrennung von Brotkorn überhaupt eine enorme Vergeudung notwendiger Nahrungs- und Futtermittel darstellt. Da es aber der halbamtliche „Nachrichtendienst“ für zweckmäßig erachtete,

die wissenschaftliche Zuberlässigkeit des Gutachtens durch eine nicht mißzubehandelnde kritische Wendung in Frage zu stellen, so sei der Schriftleitung des „N. f. G.“ empfohlen, über die vom Geheimen Regierungsrat Professor Dr. Funz und seinen Mitarbeiter angefertigten exakten Versuche in den „Landwirtschaftlichen Jahrbüchern“ 1913 Näheres nachzulesen. Vielleicht leitet sie daraus für die Zukunft eine etwas kritischere Beurteilung der Regierungsmaßnahmen für sich her.

Staatsbürgerrechte für die Frau.

k. r. Wie alles in der Welt, so ist auch die Stellung der Frau im bürgerlichen, sozialen und gesellschaftlichen Leben steten Veränderungen unterworfen, wenn auch die Zeiträume, innerhalb denen sich solche Wandlungen vollziehen, recht langgestreckt sind. Die letzten Jahrhunderte, in denen das Handwerk und das Kleinbürgerliche Leben vorherrschte, führten zu großer Abhängigkeit und Rechtlosigkeit der Frau in Familie, Gemeinde und Staat. Erst die neuere Zeit, die mit der Einführung der großzügigen kapitalistischen Gütererzeugung eine Umwälzung unseres Wirtschaftslebens brachte, förderte die Selbständigkeit und Gleichberechtigung der Frau. Hat auch diese Steigung erst in wenigen Gesetzen, wie dem Bürgerlichen Gesetzbuch, den Versicherungsgeetzen usw., einen scheinbaren Ausdruck gefunden, so ist doch ihr Vorhandensein nicht zu leugnen.

Es ist selbstverständlich, daß auch hier der Krieg mit seinen tief einschneidenden Wirkungen auf allen Gebieten des menschlichen Lebens seinen Einfluß nicht verfehlen wird. Er führt unzweifelhaft zu einer größeren Verantwortlichkeit und Selbständigkeit der Frau. Der Krieg nimmt Millionen Männer aus ihrer Position im gesellschaftlichen Leben und setzt an die Stelle der Männer die Frau. Der Krieg verlangt von diesen an die Stelle der Männer gerückten Frauen die gleiche Umsicht, die gleiche Energie und das gleiche Vollbringen. Und die Frau zeigt im großen ganzen, daß sie den Anforderungen gewachsen ist, daß sie nicht nachsteht.

Es sei zunächst auf das Erwerbsleben verwiesen. Kein Zweig beruflicher Betätigung, in dem nicht die Frau Einzug gehalten hat. Der weibliche Schmiedegehülfe, der weibliche Nachtwächter, der weibliche Postillon, der weibliche Postsekretär, der weibliche Schaffner usw. (um von den gelehrten Berufen ganz zu schweigen) ist keine Seltenheit mehr. Nach den im „Reichsarbeitsblatt“ erscheinenden Berichten über die Mitgliederbewegung der Krankenkassen ist gegenwärtig die Zahl der beruflich in abhängiger Stellung tätigen weiblichen Personen fast genau so groß wie die der männlichen. Allein im Bergbau und im Hüttenwesen waren im Januar 1916 bei nur 45 Betrieben 14 500 Frauen mehr beschäftigt als zu der gleichen Zeit des Vorjahres, wie im „Reichsarbeitsblatt“ 1916, Seite 109, nachzulesen ist.

Aber auch die Erledigung anderer Geschäfte, die sonst zu den Vorrechten des Mannes gehört, muß die Frau vornehmen. In der Familie bildet sie das Oberhaupt; sie hat die während der Behinderung des Mannes „nach außen und nach innen zu vertreten“, wie die Juristen sagen. Sie besorgt alle Einkäufe, regelt die Wohnungsfrage, und vertritt, wenn es sein muß, in etwaigen Prozessen den Mann vor Gericht. Ihre Aufgaben innerhalb der Familie selbst sind erweitert worden; es liegt ihr allein ob, die Kinder zu erziehen und den ganzen Hausstand in Ordnung zu halten, ihre ganzen Unterstützungsansprüche wahrzunehmen usw.

Unternimmt die Frau das alles auch zunächst mit einer gewissen Schüchternheit und vielleicht Umständlichkeit, so zeigt sie doch bald, daß es geht, daß alles sogar sehr gut geht, daß sie sich bald in alles findet und im allgemeinen die Befähigung zur Erledigung dieser Aufgaben besitzt. Wenn aber das erwiesen wird und ein Mensch zufriedenstellend erhöhte Obliegenheiten und Pflichten erfüllt, so muß man ihm dafür auch entsprechend höhere Rechte einräumen. In diesem Zusammenhang muß der Krieg zu einem Sprungbrett für die Gleichberechtigung der Frau werden. Die in der Kriegszeit gesammelte Erfahrung muß dazu führen, die beschämende Zurücksetzung, die die Frau in so mannigfaltiger Hinsicht noch im öffentlichen Leben erfährt, zu beseitigen.

Nie oder selten werden aber erweiterte Rechte freiwillig gewährt. Immer müssen sie erst von den Zurückgesetzten erkämpft werden. Ist doch der Krieg selbst ein lehrreiches Beispiel dafür. Auch die Frau muß sich ihren Platz und ihr Recht in der Gesellschaft erst erkämpfen. Die aus den „Kriegsdienstleistungen“ der Frau in ihrer eigenen Art entspringenden Rechte wird die Frau nur erhalten, wenn sie sich darum bemüht und sie mit dem nötigen Nachdruck verlangt. Die Frau kann das nicht besser tun, als durch ihren Anschluß an die Arbeiterbewegung, insbesondere an die Sozialdemokratie. Diese Partei ist die einzige, welche die volle Gleichberechtigung der Frau nicht nur in ihr Programm aufgenommen hat, sondern auch stets tatkräftig dafür wirkt.

Will die Frau ihren Aufstieg im sozialen Leben, will sie sich öffentliche Anerkennung und Rechte verschaffen, so bleibt ihr nichts übrig, als sich dieser Partei anzuschließen und im Verein mit Frauen und Männern ihrer Klasse gemeinsam um ihre Staatsbürgerrechte zu kämpfen. Vereinter Kampf führt sicher zum Ziel!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An unsere Zahlstellen-Vorstände und gleichzeitig auch an alle Verbandsmitglieder!

Nachdem die Vertreter des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bei den zentralen Verhandlungen im Reichsamt des Innern am 11. und 12. Februar den Vertretern der Arbeiterorganisationen eine sogenannte Teuerungszulage angeboten hatten, welche den heutigen Teuerungsverhältnissen in keiner Weise Rechnung trägt und es deshalb von den Arbeitgebervertretern auch abgelehnt wurde, dieses Angebot

ihren Mitgliedern gegenüber zu vertreten, wurden die Verhandlungen als ergebnislos geschlossen.

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat dann hinterdurch am 29. Februar seine Bundesversammlung abgehalten und auf dieser folgenden Beschluß gefaßt:

Die Hauptversammlung gibt ihre Zustimmung zu der vom Geschäftsführenden Ausschuss in den Verhandlungen im Reichsamt des Innern abgegebenen Erklärung auf die Tariflöhne Kriegszulagen zu gewähren, und zwar in Tariforten bis zu 5000 Einwohnern pro Stunde 4 % in allen übrigen Tarifgebieten mit neunmündiger Sommerarbeitszeit 6 % pro Stunde, mit über neunmündiger Sommerarbeitszeit 5 % pro Stunde.

Die Hauptversammlung beschließt trotz der erheblichen Schwierigkeiten in einzelnen Bezirken und trotz des Widerspruchs der Arbeitervertreter, den Reichstarifvertrag auf dieser Grundlage zu verlängern, diese Kriegszulage vom 15. März d. J. ab freiwillig zu gewähren.

Nach Ablauf des Reichstarifvertrages am 31. März dieses Jahres soll da, wo es die Beschäftigungsmöglichkeiten zulassen, den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, durch Verlängerung der Arbeitszeit ihren Verdienst zu erhöhen.

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ist nach wie vor Anhänger des Tarifvertrages und bereit, über die Verlängerung des bestehenden Reichstarifvertrages zu verhandeln, sobald von irgendeiner Seite Anregung dazu gegeben wird.

Die Mitglieder werden hierdurch ersucht, vom 15. März dieses Jahres ab die beschlossene Kriegszulage zu zahlen.

Dabei ist folgendes zu beachten: Die festgesetzten Staffeln der Kriegszulage gelten für alle im Tarif bezeichneten Arbeiterkategorien in gleicher Höhe, das heißt Maurer, Zimmerer, Zementfacharbeiter, Zementarbeiter, Bauhilfsarbeiter usw. erhalten für jede geleistete Arbeitsstunde die gleiche für den Betriebsort bestimmte Kriegszulage.

Wir betreten mit diesem Beschluß des Arbeitgeberbundes die Bewegung für uns um eine Teuerungszulage noch keineswegs für abgeschlossen, sondern sehen diese „freiwillige“ Zulage nur als eine vorläufige Abschlagszahlung an. Ein ganz besonderes Interesse aber haben wir daran, einmal zu wissen, wie viele der Zimmermeister oder Baugeschäftsinhaber diese im obigen Beschluß vorgesehene Zulage „freiwillig“ ab 15. März nicht zahlen. Jedes einzelne Mitglied wird deshalb aufgefordert, falls am ersten Zahltag nach dem 15. März die betreffende Zulage nicht gezahlt wird, dieses seinem Zahlstellenvorstand unverzüglich zu melden.

Alle Zahlstellenvorstände ersuchen wir aber auch gleichzeitig recht dringend, selbst in dieser Sache Feststellungen für das Zahlstellen- respektive Vertragsgebiet zu machen. Ergibt sich dann, daß einzelne Unternehmer oder gar alle die „Freiwilligkeit“ bei besserer Zahlung nicht anerkennen, so bitten wir ebenso höflich wie dringend, dieses dem Zentralvorstand sofort mitzuteilen. Das heißt, in solchen Fällen muß uns der Name jedes einzelnen Unternehmers sowie die Zahl der bei diesem beschäftigten Zimmerer mitgeteilt werden. Um aber keine Mißverständnisse oder Irrtümer aufkommen zu lassen, werden gleichzeitig auch alle diejenigen Zahlstellenvorstände ersucht, in deren Gebiet die Zulage glatt bezahlt wurde, uns dieses gleichfalls zu melden.

Im Interesse unseres Verbandes und ganz besonders im Interesse eines jeden Kameraden liegt es, mit dafür zu sorgen, daß dieser unser Wunsch strikte und schnell befolgt wird.

Unsere Gauleiter werden ersucht, mit dafür zu sorgen, daß unser Wunsch in allen Zahlstellen zur Durchführung gelangt, und sollte es irgendwo in dieser Beziehung hapern, so müssen sie selbst mit eingreifen.

Der Zentralvorstand.

Fr. Schrader, Vorsitzender.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bartenstein. In einer Versammlung am 26. Februar, zu der sich alle Kameraden eingefunden hatten, berichtete Kamerad Nikolai über die zentralen Tarifverhandlungen. Seine Ausführungen riefen eine längere Diskussion hervor, in der betont wurde, daß das von den Unternehmern gemachte Angebot gänzlich unzureichend sei, zumal mit einer noch mehr steigenden Teuerung gerechnet werden müsse. Alle Redner erklärten sich mit der Haltung unserer Vertreter einverstanden. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Unternehmer, wenn sie eine Störung des Burgfriedens verhüten wollen, ein höheres Angebot machen. Eine Lohnerhöhung von 20 % wäre keineswegs zuviel. Die Versammlung ist für alle Fälle bereit; sie sieht dem Ablauf des Tarifvertrages in Ruhe entgegen. Nachdem noch unter „Verbandsangelegenheiten“ einige Fragen erledigt waren, trat Schluß der Versammlung ein.

Bitterfeld. Am 6. März nahmen die Zimmerer Bitterfelds zu dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen für das Baugewerbe Stellung. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am heutigen Tage stattfindende Versammlung der Zimmerer nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der zentralen Verhandlungen für das Baugewerbe. Die Versammelten bezeichnen die Zugeständnisse als viel zu niedrig, um auch im entferntesten als ein Ausgleich gelten zu können für die wesentliche Verteuerung der gesamten Lebenshaltung und nicht geeignet, friedliche Zustände im Baugewerbe aufrechtzuerhalten. Die Versammlung erwartet Angebote, welche die gegenwärtigen Verhältnisse berücksichtigen.“ Zum Kartellbericht wurde es begrüßt, daß dem

Bauarbeiterjuch mehr Aufmerksamkeit als bisher entgegengebracht werden soll. Mehrfach wurde aber in der Diskussion betont, daß, wenn der Bauarbeiterjuch mehr gefördert werden soll, es sich der Einzelne zur Pflicht machen muß, selbst mit darauf zu sehen, daß den Bauarbeiterjuchbestimmungen entsprechend verfahren wird. Eine längere Aussprache zeitigte das Ueberstreiten der täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden und die Sonntagsarbeit einer Anzahl von Kameraden bei einzelnen Firmen. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß die Gründe, die im Vorjahre zur Ueberstreitung der üblichen Arbeitszeit führten, jetzt nicht mehr vorliegen und daß es sich bei allen Firmen bei einigermaßen gutem Willen ermöglichen läßt, die ortsübliche Arbeitszeit von zehn Stunden wieder einzuhalten. Folgende Entschließung wurde hierzu angenommen: „In Anbetracht dessen, daß eine Ueberstreitung der üblichen Arbeitszeit auch bei denjenigen Arbeiten verlangt wird, wo die Notwendigkeit nicht vorliegt und andererseits die Möglichkeit vorhanden ist, durch Einstellen von Zimmerern die Arbeiten so zu fördern, daß ein Ueberstreiten der üblichen Arbeitszeit vermieden werden kann, Zimmerer aber nicht eingestellt werden, beschließt die heutige Versammlung, daß es Ehrenpflicht eines jeden Kameraden sein muß, die zehnstündige Arbeitszeit einzuhalten und Ueberstunden sowie Sonntagsarbeit nur noch dann zu verrichten, wenn die Voraussetzungen des § 3 des Tarifvertrages vorliegen.“ Nachdem noch einige kleinere Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der den Zeitverhältnissen entsprechend besuchten Versammlung.

Bremen. (Bezirk Vegesack.) Hier fand am 11. März eine Mitgliederversammlung statt, zu der auch die Kameraden aus Burgdam eingeladen waren, weil beide Bezirke ein einheitliches Lohngebiet bilden. Die Tagesordnung lautete: „Die augenblickliche Situation im Zimmergewerbe“. Es wurden eingehend der Tarifablauf am 31. März und die Beschlüsse der Arbeitgeber besprochen. In der sehr ausgiebigen Diskussion wurde mit Entrüstung erklärt, daß das Angebot der Arbeitnehmer — für Vegesack 5 % — in gar keinem Verhältnis zu der Verteuerung stände. Mit vollem Recht hätten unsere Verhandlungsteilnehmer am 11. und 12. Februar dieses abgelehnt. Wenn aber die Hauptversammlung der Arbeitgeber nur die 5 % bereits ab 15. März zahlen will, so kann die Versammlung diese minimale Zulage nur als Abschlagszahlung betrachten. Von den Organisationsvertretern wird erwartet, alles zu tun, um eine höhere Lohnzulage von den Arbeitgebern zu bekommen. In diesem Sinne bringt die Versammlung der zentralen Verhandlungskommission das volle Vertrauen entgegen.

Bezirk Scharbeck. Hier beschäftigten sich die Mitglieder am 12. März in einer Versammlung mit der Tariferneuerung. Den Verhältnissen entsprechend war der Besuch gut. Auch die Kameraden von Ritterhude waren erschienen. In der Diskussion wurde die Haltung unserer Vertreter in den Verhandlungen gutgeheißen, weil auch für Scharbeck-Ritterhude das Angebot der Unternehmer in keiner Weise maßgebend ist. Die Versammlungsteilnehmer forderten höhere Lohnzulagen, damit sie einigermaßen die Teuerung ausgleichen können.

Chemnitz. Eine Mitgliederversammlung am 8. März nahm Stellung zu dem Tarifablauf. Kamerad Laue-Leipzig gab den Bericht von den zentralen Verhandlungen. Redner schilderte in eingehender Weise die jetzigen Verhältnisse sowie das Angebot der Unternehmer. Alle Diskussionredner sprachen sich im Sinne der Verhandlungskommission aus. Eine aus der Mitte der Versammlung gestellte Resolution mit folgendem Wortlaut fand einstimmige Annahme: „Die Zimmerer von Chemnitz nehmen Kenntnis von den am 11. und 12. Februar in Berlin stattgefundenen zentralen Verhandlungen des Baugewerbes. Die Versammelten bezeichnen die von den Unternehmern in Vorschlag gebrachte Teuerungszulage als viel zu geringfügig, um auch nur im entferntesten als ein Ausgleich gelten zu können für den Mehraufwand, den der Einzelne unter den obwaltenden Umständen hat, und durchaus nicht für geeignet, friedliche Verhältnisse im Baugewerbe aufrechtzuerhalten. Die Versammlung erwartet andere und höhere Angebote, die den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.“

Coblenz. Am 29. Februar fand für Coblenz eine außerordentliche Versammlung statt, um Stellung zu nehmen zu den Verhandlungen im Reichsamt des Innern. Kamerad Walter aus Hannover teilte uns den Verlauf der Verhandlungen mit. Das Angebot der Vertreter des Arbeitgeberbundes wurde von unsern Kameraden als viel zu gering bezeichnet (Coblenz würde danach 50 % Zulage pro Tag erhalten), da durch den Krieg die Preise für Lebensmittel sowie für Schutzzeug und Kleidung bis zu 100 % gestiegen sind. Aus diesem Grunde wurde die Ablehnung des Angebotes des Arbeitgeberbundes seitens der Arbeitervertreter gutgeheißen. Gefordert wurde, daß die Arbeitgeber ein günstigeres Angebot machen, da sie doch die entstehenden Lohnzulagen bei Uebernahme von Arbeiten in Betracht ziehen. Die Teilnahme an neuen Verhandlungen unserer Vertreter wurde von unsern Kameraden nicht abgelehnt.

Cöln a. Rh. (Jahresbericht.) Das Jahr 1915 stand im Zeichen des Krieges. Fast in jeder Versammlung mußten Neuwahlen von Vorstandsmitgliedern vorgenommen werden, da immer wieder Mitglieder einberufen wurden. Der Versammlungsbefuch ließ oftmals zu wünschen übrig, was einestheils der Müdigkeit der älteren, andernteils der Laueheit der jüngeren Kameraden, die noch nicht wissen, daß sie sich in den Versammlungen Anregung und Aufklärung holen sollen, zuzuschreiben ist. Es wurden im Berichtsjahre 10 Vorstandssitzungen, 2 kombinierte Sitzungen mit den Bauarbeitern und Vertretern vom christlichen Verband, 10 Mitgliederversammlungen, 1 außerordentliche und 1 Versammlung in Knappsch abgehalten. Anfang August beschäftigte sich die Zahlstelle mit der Teuerungszulage. Diese wurde von den Unternehmern mit dem Hinweis auf den Tarifvertrag abgelehnt. Als Antwort darauf wurde von der Zahlstelle beschlossen, bei den einzelnen Unternehmern vorstellig zu werden. Dieses hatte jedoch nur bei einer Firma Erfolg. Als dann die Arbeitsgelegenheit günstiger wurde, gingen die Mitglieder,

jobald sie arbeitslos wurden, nur bei den Geschäften um Arbeit zusprechen, welche eine Feuerungszulage bewilligten. Da eine große Nachfrage nach Zimmerern im Zahlstellengebiet vorhanden war, sahen sich noch mehrere Geschäfte veranlaßt, wenn sie Zimmerer haben wollten, eine Feuerungszulage zu bezahlen. Die Zulage, die am Jahresabschluss von den verschiedenen Geschäften bezahlt wurde, bewegte sich zwischen M 2 bis 3 die Woche. Es ist also hier ein kleiner Erfolg zu verzeichnen. Zu Weihnachten bezahlte die Zahlstelle zu der Vertrauensprüfung des Hauptvorstandes noch M 2 für die Frau und 50 S für jedes Kind der im Felde stehenden Kameraden. Auch erhielt jeder Krieger ein Weihnachtspaket. Für letzteres wurden diesmal die Gelder auf Sammelkarten eingebracht. Hierbei zeichneten verschiedene Kameraden sehr namhafte Beträge, während einige keine Spur von Solidaritätsgefühl zeigten; man wird sie zur gegebenen Zeit daran erinnern. Die Holzgeschäfte B. und N. sandten uns zu letztem Zweck von der Zahlstelle M 2570,50 für Unterstützung der Kriegerfamilien und M 672,50 für Liebesgabenpakete aufgewandt. Circa 150 Kameraden, die im Felde stehen, erhalten wöchentlich den „Zimmerer“ zugesandt, und hat sich dadurch ein reger brieflicher Verkehr zwischen der Zahlstelle und ihren Mitgliedern im Felde entwickelt. Pakete wurden viermal geschickt. Ueberhaupt war der Geschäftsbetrieb der Zahlstelle im Berichtsjahre sehr lebhaft. Fortwährend herrschte Nachfrage nach Zimmerern. Die Bauten, welche ausgeführt wurden, waren hauptsächlich für militärische Zwecke bestimmt. Daneben wurde auch noch eine ganze Reihe von Privatbauten ausgeführt. Die Mitgliederzahl war aber durch die Einberufungen, das Zurückbleiben eine sehr schwankende. Sie stieg von 151 auf 275 am Schluß des ersten Quartals, am Schluß des zweiten Quartals betrug sie 177, am Schluß des dritten Quartals 193 und am Jahresabschluss noch 149 zahlende Mitglieder. Neuaufnahmen erfolgten 126, zugereist sind 150, abgereist 188, eingezogen 72, gestorben sind 2 ältere Kameraden und 15 wurden wegen Schulden gestrichen. Auf dem Schlachtfelde sind, soweit bis heute bekannt, 8 Mitglieder der Zahlstelle geblieben. Diese sowie die hier verstorbenen zwei Kameraden waren alle treue Verbandskameraden, deren Verlust wir schmerzlich beklagen. Ehre ihrem Andenken. Der Lokalfassenbestand, der am Schluß des Jahres 1914 M 5202,19 betrug, ist durch Auszahlung der Kriegsunterstützung auf M 3480,97 zurückgegangen. Arbeitslosenunterstützung wurde im Berichtsjahre nicht bezahlt.

Duisburg. Am 27. Februar fand eine allgemeine Zahlstellenversammlung statt. Der Besuch läßt seit langer Zeit sehr zu wünschen übrig. Ganz besonders müßte man annehmen, daß die Zeit der Tarifverhandlungen jedem noch arbeitenden Kameraden es nahelegen müßte, die eigene Meinung zum Ausdruck zu bringen. In erster Linie muß in dieser wichtigen Angelegenheit auf die älteren und erfahrenen Mitglieder gerechnet werden können. Aber leider gehört auch ein Teil dieser zu den Nichtversammlungsbesuchern. Auf der Tagesordnung stand: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes; 2. Bericht über das bisherige Ergebnis der Tarifverhandlungen; 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab der Vorsitzende bekannt, daß auch er eingezogen werde, weshalb eine Neuwahl erforderlich sei. Hierzu wurde der bisherige Schriftführer, Kamerad Schneider, vorgeschlagen und gewählt. Als zweiter Vorsitzender wurde Kamerad Mattissen gewählt. Der erledigte Schriftführerposten soll in einer nächsten Versammlung besetzt werden. Bis dahin führt ihn der gewählte Vorsitzende mit aus. Den Bericht über die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im Baugewerbe erstattete Kamerad Walker. Er betonte, daß ein Resultat nicht erzielt ist und die Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind. Die Vertreter der Parteien hatten sich dahin geeinigt, vorläufig nur über die beiden wichtigsten Fragen, die Lohnfrage und die Dauer des Tarifs, zu beraten. Eine nicht minder wichtige Frage ist für uns Zimmerer die örtliche Tarifberatung, die nicht ohne weiteres ausgeschaltet werden darf, wenn man den Bestimmungen des Tarifs untergeordnet werden und für deren Innehaltung eintreten soll. Hierzu gaben unsere Vertreter die erforderlichen Erklärungen ab. Bezüglich der Dauer des Tarifs zogen die Arbeitgeber ihren Vorschlag zurück, nach welchem der Tarif bis ein halbes Jahr nach dem Kriege Geltung haben sollte. An der Lohnfrage mußten jedoch die Verhandlungen scheitern, da das Angebot des Arbeitgeberbundes ein so minimales war, wie es unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Feuerungszeit kaum minimaler sein konnte. Einem anfänglichen Angebot einer Lohnerhöhung von 3, 4 und 5 S pro Stunde, je nach Stadtgröße und Arbeitszeit, ließen die Arbeitgeber eine Aufbesserung folgen von 1 S, also 4, 5 und 6 S pro Stunde, als äußerstes Angebot. Als Muster diente hierbei der Tarif für das Malergewerbe. Unsere Vertreter erklärten das Angebot als viel zu niedrig. Da eine Einigung in dieser Frage nicht erzielt wurde, verliefen die Verhandlungen bisher ergebnislos. In der Diskussion über die Angelegenheit ergab sich im ganzen die Zustimmung zu den Maßnahmen unseres Hauptvorstandes. In der Frage, ob Tarif oder tariflose Zeit, sind sich unsere Kameraden hier einig in dem Sinne, daß sie allen langen, unnützen und kostspieligen Hin- und Herbewegungen die tariflose Zeit vorziehen. Nach Ansicht unserer hiesigen Mitglieder glauben sie damit auch den Arbeitgebern, vor allem jedoch dem Arbeitgeberbund einen guten Dienst zu erweisen. Bekanntlich hatte der Arbeitgeberbund den örtlichen Organisationen sowie auch einzelnen Baufirmen verboten, Feuerungszulagen zu gewähren. Wenn dies nun nach unserer Meinung für die jetzige Feuerungszeit nicht gerade menschlich ist, so urteilt jedoch der Arbeitgeberbund darüber ganz anders. Mit fühnem Mut erklärt er einfach Feuerungszulagen für einen Verstoß gegen die tariflich festgelegten Bestimmungen, da besonders während des „Burgfriedens“ stabile Verhältnisse herrschen müßten. Selbstverständlich war das Verlangen von Ueberstunden und Akkordarbeit seitens der Arbeitgeber kein Verstoß gegen die tariflichen Bestimmungen. Auch die Ausdehnung der Arbeitszeit im allgemeinen nicht. Damit wir nun nicht abermals in diese Untugend verfallen, dem Arbeitgeberbund so trübe Stunden zu bereiten, sehen wir kein anderes Mittel, als die Ursache dieses Übels gänzlich zu beseitigen. Ganz richtig meinte ein hiesiger Kamerad: Wo kein Tarif besteht, kann auch kein Tarif gebrochen werden. Weil nun der Arbeitgeberbund keinen Tarif brechen

will, so sind wir mit ihm der gleichen Ansicht, daß, wenn das nicht eintreten soll, man die Ursache, den Tarif, beseitigen muß. Neben gewaltigen wirtschaftlichen Veränderungen wirkt der gegenwärtige Weltkrieg auf die Gedanken- tätigkeit ein, die eine merkliche Schwächung erfährt. Ein treuer Begleiter unserer früheren Lohnbewegungen oder Tarifabschlüsse war die berühmte Lebensmittelpreistatistik des Arbeitgeberbundes. Hiermit wurden die Lohnerböhrungen genau abgemessen und haarföhrig begrenzt. Wie bergföhrlich der Arbeitgeberbund infolge des Krieges geworden ist und wie ihm durch unsere Zentralleitung „geholfen“ werden mußte, beweist ohne Zweifel die diesmal unterlassene Statistik. Wenn in früherer Zeit der Arbeitgeberbund glaubte, es nicht unterlassen zu müssen, darauf hinzuweisen, daß die Lebensmittelpreiseröhrung in keinem Verhältnis zu den Forderungen der Arbeiter stände, also eine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft in den Augen des Arbeitgeberbundes etwas Unerhört war, so muß es selbst dem Einföhrtigen auffallen, wenn diesmal die Statistik des Bundes fehlt. Allerdings müßte, wenn man auf Grund der Statistik den Lohn erhöhen wollte, eine Steigerung um 100 pZt. erfolgen. Darum war es schon besser, man bergföhrte diesmal die Statistik. Die genaue Höhe der Lohnaufbesserung fand der Bund in einem Feuerungszulagegesuch unserer Kameraden in Hannover an eine dortige Firma. Erst werden die Feuerungszulagen verboten, selbst wenn sie aus innerem menschlichen Empfinden spröchen, dann aber werden sie von dem, der sie verbietet, als Beweis angeboten. In einer Zeit, wo sich die Preise für alle Lebensmittel und Verbrauchsartikel fortgesetzt in steigender Tendenz bewegen, eine Verröhrung zum Besseren in absehbarer Zeit aber nicht zu erwarten ist, ist es patriotische Pflicht jedes Zimmerers, im Interesse der Volkserhaltung seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verkaufen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heutige Zahlstellenversammlung erklärt sich mit den bisherigen Maßnahmen der Zentralleitung bezüglich der jetzigen Tarifverhandlungen für das Baugewerbe einverstanden. Die heutige wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft im allgemeinen bedingt eine den Feuerungsverhältnissen entsprechende Lohnerböhrung von mindestens 50 pZt., um die Volkserhaltung nicht gänzlich zu gefährden. Sollte es nicht möglich sein, auf dieser Basis zu einem Tarifabschluß zu kommen, so zieht die Versammlung eine tariflose Zeit vor.“ Im Punkt „Verschiedenes“ wurde das unföhrerliche Verhalten eines Kameraden zur Kenntnis gebracht. Hierauf Schluß der Versammlung.

Essen a. d. R. Am 1. März beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung in Groß-Essen mit den Tarifverhandlungen im Reichsamt des Innern. Kamerad Walter-Hannover referierte. In der Diskussion bezeichneten die Medner das Angebot des Arbeitgeberbundes, eine Feuerungszulage von 4 und 5 S, als ungenügend. Einem solchen Angebot sei eine tariflose Zeit vorzuziehen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt zu dem Bericht über die Verhandlungen vom 11. und 12. Februar im Reichsamt des Innern zum Zweck der Verlängerung des Tarifvertrages im Baugewerbe: 1. Die stetig wachsende Steigerung der Lebensmittelpreise und die bisherige Verweigerung einer genügenden Feuerungszulage seitens des Arbeitgeberbundes hat bei den Essener Zimmerern große Unzufriedenheit erzeugt. 2. Das Angebot des Arbeitgeberbundes bei den Verhandlungen ist nicht geeignet, die Unzufriedenheit zu beseitigen, weil dadurch die Schwierigkeiten in der Ernährung nicht behoben werden. 3. Die ablehnende Haltung unserer Vertreter bei den Verhandlungen halten wir für selbstverständlich. Wenn aber ein für uns günstiges Angebot seitens des Arbeitgeberbundes gemacht wird, dann hat die Versammlung nichts dagegen, wenn unsere Vertreter an neuen Verhandlungen teilnehmen.“

Frankfurt a. M. In der Zeit vom 1. bis 8. März fanden in den Lohngebieten Frankfurt, Hanau, Höchst und Offenbach gut besuchte Mitgliederversammlungen statt, um Stellung zu den Tarifverhandlungen zu nehmen. Nach Entgegennahme des Berichtes des Kameraden Ehlers setzte in allen Versammlungen eine lebhafteste Diskussion ein. Das Angebot der Arbeitgeber — für unser Zahlstellengebiet 5 S die Stunde — wurde als in gar keinem Verhältnis zu der Lebensmittelteuerung stehend bezeichnet. Insbesondere wurde darauf hingewiesen, daß im mitteldeutschen Gebiet endlich einmal daran gedacht werden müsse, einen Ausgleich mit andern gleichartigen Städten zu schaffen. Es sei unerhört, wenn heute in Frankfurt der Stundenlohn um 23 S, in Offenbach gar 29 S niedriger bemessen sei als in Hamburg. Auf Grund der Lebensmittelpreise liege sich der Unterschied nicht begründen. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß die Bauarbeiterarbeit heute leider für die Sünden ihrer Vorgänger schwer leiden müßte. Die Organisationsverhältnisse seien noch Mitte der neunziger Jahre so traurig gewesen, daß man von einer Gewerkschaftsbewegung nicht sprechen konnte. An uns selbst liegt es nun, dafür zu sorgen, daß bessere Verhältnisse geschaffen werden, indem dafür gesorgt wird, daß auch während der Kriegszeit die Agitation auf den Arbeitsplätzen nicht erlahmt. Die Haltung der Zentralvorstände, die das Angebot der Arbeitgeber ablehnten, wurde gutgeheißen und die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitgeber ihren Standpunkt nochmals revidieren. Sollte es aber nicht der Fall sein, dann könnte an eine Verlängerung der Tarifverträge nicht gedacht werden.

Freiburg. Am 27. Februar wurde im Restaurant Höpflin eine außerordentliche Zimmererversammlung abgehalten. Die Tagesordnung war folgende: 1. Berichtserstattung und Besprechung der zentralen Verhandlungen im Reichsamt des Innern in Berlin. 2. Lokale Angelegenheiten. Nach Eröffnung der Versammlung gab der Vorsitzende bekannt, daß unser Kassierer, Kollege Kösch, nach anderthalbjähriger Gefangenschaft in Frankreich gestorben sei. Er widmete dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf. Die Versammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Hierauf gab Kollege Schilling, Gauleiter aus Mannheim, einen Bericht über die Tarifverhandlungen. In ausführlicher Weise legte er dar, wie die Vertreter der Arbeitgeber sich zur Regelung der Tarifangelegenheiten respektive der Teuerung stellten. Trotzdem der Vertreter der Regierung feststellte, daß die Teuerung die Höhe von 58 pZt. erreicht habe, muten uns die Herren Unternehmer

zu, mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Löhne um 5 S pro Stunde zufrieden zu sein. Die Zustimmung zu diesem zweifelhaften Entgegenkommen wurde von unsern Vertretern selbstverständlich abgelehnt, worauf die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Sollte diese Angelegenheit bis zum 31. März dieses Jahres nicht geregelt sein, würde für uns eine tariflose Zeit beginnen. Diese ist aber auch tariflos für die Herren Unternehmer. Wir können dieser Zeit mit Ruhe entgegensehen; denn trotz des fürchterlichen Krieges steht unsere Organisation fest. Die Herren Unternehmer mögen sich merken, daß hinter unsern Vertretern bei den Tarifverhandlungen in Berlin die Reihen unserer festen Organisation stehen. Es wird und muß aber auch eine Zeit kommen, in welcher der indifferente Zimmerer einsieht, daß es unbedingt erforderlich ist, der freien Gewerkschaft anzugehören. Die Stimmung der hiesigen Zimmerer kommt am besten in der folgenden, einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck: „Die am 27. Februar in Freiburg tagende Zimmererversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem niedrigen Angebot, das die Unternehmer in Berlin gemacht haben. Die Versammlung beruft sich dabei auf die Tatsache, daß von Regierungsseite im Reichstage eine Verteuerung des Lebensunterhaltes von 58 pZt. anerkannt worden ist. Da die Löhne der Zimmerer schon vor dem Kriege unzureichend waren, wäre in Anbetracht der eingetretene Teuerung eine Lohnerböhrung von 50 pZt. gerechtfertigt. Die Zimmerer erkennen aber an, daß es den Bau- und Zimmermeistern im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich ist, eine solche Belastung zu tragen. Andererseits erfordert aber die unerträglich gewordene wirtschaftliche Lage der Zimmerer eine wesentliche Erhöhung ihres Einkommens. Die Versammlung erwartet deshalb, daß die Unternehmer bei weiteren Verhandlungen eine Erhöhung der heutigen Löhne um 20 S pro Stunde zugestehen.“ Ueber die weitere Tätigkeit der Zahlstelle Freiburg geben am besten folgende Zahlen Auskunft: Seit Ausbruch des Krieges wurden für die Zentralkasse M 1128 eingenommen. Von dieser Summe wurden M 602 an Familienunterstützung ausbezahlt. Der Bestand der Lokalkasse betrug bei Ausbruch des Krieges M 1237,44. Davon wurden an Unterstützung für die Familien der im Felde stehenden Kameraden M 767,80 ausbezahlt. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen seither M 574,76, so daß jetzt noch ein Kassenbestand von M 782,42 verzeichnet werden kann. Dieses sind beachtenswerte Zahlen, wenn man bedenkt, wie viele von unsern Kollegen schon bereits 19 Monate im Felde stehen. Diese Zahlen beweisen aber auch, daß unsere Organisation in Freiburg und Umgebung nicht eingeschlafen ist, wie dies anscheinend von gewisser Seite gewünscht wird. Wir wollen und werden dafür sorgen, daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung geht. Wir werden unsern Kollegen, die draußen im Felde ihre Pflicht erfüllen, beweisen, daß auch wir ebenso getreu wie sie unsere Verbandspflicht daheim erfüllen. Den uns noch fernstehenden Zimmerern, ebenso denjenigen, die der Meinung waren, in einem andern Lager besser aufgenommen zu sein, rufen wir zu: Es gibt nur eine Organisation, von der wir wirksame Hilfe zu erwarten ist, und das ist der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands. Alle Kollegen, die wünschen, daß wir nach dem Kriege unser Dasein wesentlich besser fristen können, müssen sich bei uns organisieren. Sie müssen dies in ihrem eigenen Interesse und nicht zuletzt im Interesse ihrer Familie tun.

Gerdaun. Am 27. Februar hatten sich die hier beschäftigten Zimmerer zu einer Versammlung zusammengefunden. Kamerad Nikolai aus Raftenburg sprach über das Thema: „Der Krieg und unsere Aufgaben“. In längeren Ausführungen legte er dar, wie der Krieg auch unserer Organisation schwere Wunden geschlagen habe, wie es aber trotzdem möglich gewesen sei, sie über alle Schwierigkeiten hinwegzubringen. Nun tauchten aber neue Schwierigkeiten auf, indem der Tarifvertrag seinem Ende entgegengehe und ein neuer kaum zustande kommen werde, nachdem die Verhandlungen gescheitert seien, weil die Arbeitgeber ganz ungenügende Zulagen angeboten hätten. Für uns handele es sich zunächst darum, uns über das Angebot der Arbeitgeber zu äußern. Welche Aufgaben uns später bevorstehen, zeigte Medner ebenfalls mit einigen knappen Strichen. Ueber das Angebot der Arbeitgeber herrschte in der Versammlung nur eine Meinung, die dahin ging, daß es in Anbetracht der hochgradigen Teuerung viel zu gering sei und daß die in den Verhandlungen vertretenen Forderungen vollauf berechtigt und auch durchführbar seien. Anschließend an die Diskussion ermahnte Kamerad Nikolai die Anwesenden noch, ihrer Anmeldepflicht zu genügen und ferner dafür zu sorgen, daß die unorganisierten Zimmerer unsern Verbände zugeführt würden.

Großzimmern. Hier fand am 5. März eine Mitgliederversammlung statt, die nur schwach besucht war. Es wurde der Rechenschaftsbericht vom vierten Quartal erstattet und hierauf die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Dann wurde zum Tarifablauf Stellung genommen und zu dem Angebot der Arbeitgeber in den zentralen Tarifverhandlungen. Der Standpunkt unserer Vertreter wurde gutgeheißen; denn bei den heutigen teuren Verhältnissen sei es unmöglich, mit einer Zulage, wie sie der Arbeitgeberbund angeboten habe, auszukommen. Die Versammlung beschloß, daß alle Städte im Lohngebiet Frankfurt auf eine Lohnstufe kommen müßten, und daß ferner bei Arbeiten in einer Entfernung von drei Kilometern eine Zulage bezahlt und freie Fahrt gewährt werde. Der Vorsitzende machte noch auf die Beitragszahlung aufmerksam. Jedes Mitglied solle die richtigen Marken haben, damit nicht Mißbilligkeiten entstünden. Unter „Verschiedenes“ wurden noch örtliche Angelegenheiten erledigt. Mit der Mahnung an die Kameraden, für besseren Versammlungsbesuch zu sorgen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Kaiserslautern. Am 8. März fand eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Kamerad Pius Schilling referierte über den Lohn- und Arbeitsvertrag. Das Angebot der Unternehmer, das für Kaiserslautern 5 S betragen würde, wurde als vollständig ungenügend bezeichnet. Die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel seien am Orte mindestens um 100 pZt. gestiegen und deshalb eine viel höhere Lohnzulage unbedingt notwendig. Dem Zentralvorstand wurde der Auftrag erteilt, bei späteren

Verhandlungen dahin zu wirken, daß höhere Zulagen bewilligt werden.

Karlruhe. Am 2. März tagte im „Auerhahn“ eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung wies folgende Punkte auf: 1. Bericht über die zentralen Tarifverhandlungen in Berlin; 2. Ergänzungswahlen für den Vorstand; 3. Verschiedenes. Nach kurzer Debatte wurde der dritte Punkt fallengelassen. Hierauf erhielt Kamerad Schrader aus Hamburg das Wort. Er führte die Vorgänge anlässlich des Tarifablaufs an und gab einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen, die in Berlin stattgefunden haben. Die Vorgänge sind ja bekannt, so daß es sich erübrigt, hier des näheren darauf einzugehen. Mit der Mahnung, einig zu sein, schloß Kamerad Schrader seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Eine lebhaft diskutierte Seite nun ein. An derselben beteiligten sich u. a. die Kameraden Holstein, Girth und Galle. Sämtliche Redner waren damit einverstanden, daß der Hauptvorstand ein solches Angebot abgelehnt hat. 5 % Lohnhöhung, die hier eintreten soll, steht mit der Teuerung in gar keinem Verhältnis. Daß die Unternehmer mehr bezahlen können, zeigte der heilige Bezirksleiter des Bauarbeiterverbandes, der gerade anwesend war, an Hand mehrerer Submissionsblüten. Es wurde dann einstimmig eine Resolution gefaßt, in der dem Hauptvorstand für die Ablehnung Dank ausgesprochen und eine wesentliche Erhöhung des überaus minimalen Angebotes erwartet wird. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurden zwei Revisionen gewählt. Die Wahl fiel auf die Kameraden Gebert und Gör, welche auch das Amt annahmen. Nach einem Appell des Vorsitzenden, in dieser Zeit fest zusammenzustehen und mehr als bisher für den Verband zu arbeiten, wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Kottowitz. Am 12. März fand im Gewerkschaftslokal in Kottowitz eine Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Schwob Bericht erstattete von den Tarifverhandlungen in Berlin am 11. und 12. Februar. Die Verhandlungen sind leider gescheitert, weil die Arbeitgeber gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer zu wenig Entgegenkommen zeigten. Sie weigerten sich, eine den Teuerungsverhältnissen einigermaßen angepaßte Zulage zu den bisherigen Tariflöhnen zu gewähren. Die Versammlung erklärte sich mit dem Verhalten der Arbeitgebervertreter einverstanden. Es müsse möglich sein, den trassen Unterschied zwischen Lohn- und Teuerungsverhältnissen einigermaßen auszugleichen. Dazu gehört, daß alle Kameraden im Industriegebiet ihre Pflicht tun; nicht nur ihre Beiträge zahlen, sondern auch während des Krieges mit allen Kräften agitieren und organisieren, um im Interesse derer, die im Felde stehen, die Mitgliederzahl und den Verband hochzuhalten. Hierauf wurde noch ein Unterstützungsgesuch genehmigt.

Königsberg i. Pr. Am 27. Februar fand eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung vom vierten Quartal 1915. 2. Geschäftsbericht des Vorstandes für das Jahr 1915. 3. Das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen in Berlin und unsere Lohnfrage. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde von der Versammlung genehmigt. Namens des Vorstandes erstattete Kamerad Schmidt den Geschäftsbericht für das Jahr 1915. Eine Diskussion schloß sich daran nicht. Sodann referierte Kamerad Schmidt über das Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen, die am 11. und 12. Februar d. J. in Berlin im Reichsamt des Innern mit den Vertretern des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe stattgefunden haben. Unsere Vertreter haben das Angebot der Arbeitgebervertreter, eine Kriegszulage von 4 bis 6 % pro Stunde, als viel zu niedrig abgelehnt. Die Arbeitgeber ließen durchblicken, daß die Arbeiter im Baugewerbe mit einer solchen Lohnzulage auch zufrieden sein würden. Dies steht mit den Tatsachen in schärfstem Widerspruch. Die Arbeiter hätten tatsächlich ein größeres Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber erwartet. Die Arbeiter können nicht dauernd die schwersten Lasten des Krieges tragen, wenn sie nicht dauernden Schaden an ihrer Gesundheit nehmen wollen. In der Diskussion kam allseitig zum Ausdruck, daß das Angebot der Arbeitgeber in keiner Weise den Zeitverhältnissen entspricht. Selbst bei einer vierfachen Erhöhung des Angebotes würden die Arbeiter doch noch den größten Teil der Opfer zu tragen haben. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 27. Februar 1916 tagende Versammlung der Zimmerer Königsbergs nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der zentralen Tarifverhandlungen und bedauert, daß die Arbeitgeber kein größeres Entgegenkommen gezeigt haben. Die ablehnende Haltung unserer Vertreter bei den Tarifverhandlungen verdient volle Anerkennung. Die Versammelten erwarten, daß mindestens ein Lohnausgleich bis zur Hälfte der Steigerung der Lebensmittelpreise erfolgt und erklären sich zu weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern jederzeit bereit, um eine friedliche Lösung der Lohnfrage herbeizuführen.“

Ludwigshafen. Am 4. März fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Gauleiter Schilling aus Mannheim über die stattgefundenen Verhandlungen im Reichsamt des Innern in Berlin Bericht erstattete. Alle Anwesenden waren mit der Haltung unserer Vertreter einverstanden und setzten das Vertrauen in diese, daß sie unsere gerechten Forderungen auch späterhin mit allem Nachdruck vertreten werden. Nach längerer sachlicher Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 4. März in Ludwigshafen tagende Zimmererversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem niedrigen Angebot, das die Unternehmer bei den Verhandlungen in Berlin gemacht haben. Die Versammlung bezieht sich dabei auf die Tatsache, daß von Regierungseite im Reichsamt eine Verteuerung der Lebensmittel um 58 pZt. anerkannt wurde. Da die Löhne der Zimmerer schon vor dem Kriege unzureichend waren, wäre in Anbetracht der Teuerung eine Lohnhöhung von 50 pZt. gerechtfertigt. Die Zimmerer anerkennen aber, daß es den Bau- und Zimmermeistern zurzeit nicht möglich ist, eine solche Belastung zu tragen. Andererseits erfordert aber die unerträglich gewordene wirtschaftliche Lage der Zimmerer eine wesentliche Erhöhung ihres Einkommens. Die Versammlung erwartet deshalb, daß die Arbeitgeber bei weiteren Verhandlungen eine beträchtliche Lohnhöhung zugestehen werden.“

Mannheim. Am 3. März fand im Lokal „Zur Bergstraße“ unsere Mitgliederversammlung statt, welche trotz unserer noch vorhandenen Mitgliederzahl und in Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung hätte besser besucht sein sollen. Kamerad Schrader erläuterte in eingehender Weise den Bericht über die am 11. und 12. Februar stattgefundenen Verhandlungen im Reichsamt des Innern über die Teuerungszulage und den Ablauf des Tarifvertrages. Nachdem eine rege Diskussion stattgefunden und auf die Unannehmbarkeit des Angebotes des Arbeiterbundes hingewiesen, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 3. März 1916 tagende Zimmererversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem niedrigen Angebot, das die Unternehmer bei den Verhandlungen in Berlin gemacht haben und bezieht sich dabei auf die Tatsache, daß von Seiten der Regierung im Reichsamt eine Verteuerung der Lebensmittel um 58 pZt. anerkannt wurde. Da die Löhne der Zimmerer schon vor dem Kriege unzureichend waren, wäre in Anbetracht der jetzigen Teuerungsverhältnisse eine Lohnhöhung von 50 pZt. gerechtfertigt. Die Zimmerer erkennen aber an, daß es den Bau- und Zimmermeistern im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich ist, eine solche Belastung zu tragen, andererseits erfordert aber die unerträglich gewordene wirtschaftliche Lage der Zimmerer eine wesentliche Erhöhung ihres Einkommens und erwartet die Versammlung deshalb, daß die Unternehmer bei weiteren Verhandlungen eine beträchtliche Lohnhöhung zugestehen werden.“ Es wurde ferner darauf hingewiesen, wenn möglich, das Tarifverhältnis hochzuhalten, und sollte die Möglichkeit eintreten, daß eine nochmalige Verhandlung zwischen dem Arbeitgeberbund und den Arbeitgebervertretern zustande kommen sollte, dann doch dahin zu wirken, eine angemessene Lohn- und Teuerungszulage zu erreichen. Ferner wurden von dem Vorsitzenden die anwesenden Kameraden ermahnt, auf ihren Plätzen zu bleiben, um in Zukunft, besonders in dieser kritischen Zeit, die Versammlungen zahlreicher besucht zu werden. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Meerane. Am 3. März fand im „Thüringer Hof“ unsere Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Der bevorstehende Ablauf des Tarifvertrages“. Kamerad Baue erstattete den Bericht über die Verhandlungen am 11. und 12. Februar in Berlin. Ein annehmbares Resultat sei in dieser Verhandlung nicht erzielt worden, da das Angebot der Arbeitgebervertreter von den Arbeitgebervertretern als vollständig ungenügend zurückgewiesen werden mußte. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im „Thüringer Hof“ tagende Zimmererversammlung nimmt Kenntnis von dem am 11. und 12. Februar in Berlin stattgefundenen Verhandlungen des Baugewerbes. Die Versammelten bezeichnen die von den Unternehmern in Vorschlag gebrachte Teuerungszulage als viel zu geringfügig, um auch im entferntesten als ein Ausgleich gelten zu können für den Mehraufwand, den der einzelne unter den obwaltenden Umständen hat, und durchaus nicht für geeignet, friedliche Verhältnisse im Baugewerbe aufrechtzuerhalten. Die Versammlung erwartet daher Angebote, welche die gegenwärtigen Verhältnisse berücksichtigen.“

München. Auf Sonntag, den 5. März, hatte unsere Zahlstelle eine außerordentlich gut besuchte Versammlung einberufen, um zur Tarifbewegung im Baugewerbe, insbesondere zu dem letzten Angebot der Arbeitgeber, Stellung zu nehmen. Das Referat erstattete Gauleiter August Kemmer. Er wies eingangs darauf hin, welche Bedeutung die Tarifbewegung im Baugewerbe für weite Kreise der Arbeiterschaft und des Unternehmertums hat. Auch die staatliche Behörde hat anerkannt, daß eine tariflose Zeit im Baugewerbe nur zu leicht zu einer wirtschaftlichen Erschütterung im Innern des Landes führen könnte. Bei dieser Sachlage war es klar, daß auch die Behörde ein besonderes Interesse an einer friedlichen Vereinbarung unter den einander entgegenstehenden Gruppen im Baugewerbe hatte. Es stand von vornherein fest, daß nicht eine Erneuerung der Verträge, sondern nur eine Verlängerung derselben in Frage kam; dafür sprach insbesondere der Umstand, daß bei einer Tarifvertragserneuerung eine außerordentlich hohe Zahl von im Felde stehenden Personen mit ihrer Einflussnahme auf einen künftigen Vertrag ausgeschlossen wäre. Der Referent kam dann eingehend zu sprechen auf die am 11. und 12. Februar im Reichsamt des Innern gepflogenen Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, bei denen lediglich die beiden Fragen: 1. ob und auf wie lange die Verträge zu verlängern sind, 2. ob und in welcher Höhe ein Lohnaufschlag gewährt werden soll, zur Diskussion standen. Die Frage, betonte der Referent, die heute tagenden Verhandlung zur Entscheidung vorliegt, ist die, ob die Vertreter des Zimmererverbandes auch mit der Ablehnung des erhöhten Angebotes von 4, 5 und 6 % richtig gehandelt haben oder nicht. Zweifellos reicht dieses Angebot von 8 pZt. Lohnhöhung bei der Gestaltung der Teuerungsverhältnisse auch nicht entfernt aus, wenn man in Betracht zieht, daß die Lebensmittelpreissteigerung in Deutschland durchschnittlich 58 pZt. beträgt. Bisher haben ja die Arbeiter die ganze Last der Kriegsteuerung ohnehin allein tragen müssen, und das Bestreben, Teuerungszulagen zu erlangen, hatte ja nur in ganz wenigen Fällen Erfolg. Kemmer wies an der Hand der Calwerischen Berechnungen die Steigerung und Verteuerung der Lebenshaltung nach. So beanspruchte der wöchentliche Aufwand zur Beschaffung der Nahrungsmittel für eine vierköpfige Familie im Dezember 1913 in München M 25,32, im Dezember 1915 M 37,01; das bedeutet eine Steigerung von M 11,69; seit Dezember aber ist eine weitere Steigerung der Lebensmittelpreise zu verzeichnen. Bei dieser Berechnung ist zweifellos das Angebot des Arbeiterbundes durchaus unzureichend. Und wenn die bürgerlichen Zeitungen unmittelbar nach den Zentralverhandlungen die Meinung zu verbreiten suchten, daß das Angebot zu reich sei und daß es nur die Führer seien, die Unzufriedenheit säen, so täuschten sie sich; das Gegenteil ist der Fall. Die berechnete Empörung über das unzulängliche Angebot ist in allen Kreisen vorhanden. Aus alledem ergibt sich, daß die ablehnende Haltung der Vertreter des Zimmererverbandes gebilligt werden muß. In der Diskussion kam einstimmig zum Ausdruck, daß das Angebot des Arbeiterbundes als völlig unzureichend zu bezeichnen ist.

Kollege Zulacher erklärte mit Nachdruck, daß die Verhandlungskommission zweifellos richtig geurteilt habe; wenn sie das Angebot nicht abgelehnt hätte, so wäre unter den Zimmerleuten im ganzen Reich ein Sturm der Entrüstung laut geworden. Weitere Disfunktionsredner, die Kollegen Wimmer, Uffinger, Angerer, Cesterreicher, Leidl, Manfer, brachten unerbittlich zum Ausdruck, daß das Angebot des Arbeitgeberbundes auf die Arbeiter wie Hohn wirken müsse, wenn man die gegenwärtigen Teuerungsverhältnisse in Betracht ziehe. Was die Verhandlungskommission gefordert habe, sei die unterste Grenze, bis zu der von den Arbeitgebern herabgegangen werden könne. Die Arbeitgeber hätten im vergangenen Jahre riesenprofite eingeschoben und von der Militärverwaltung erhebliche Kriegszulagen erhalten, ohne sich den Arbeitgebern gegenüber zu einer Teuerungszulage zu verstehen. Eine Mindestzulage von 25 % pro Stunde müsse verlangt werden; alle niedrigeren Angebote seien undisziplinär, die bisherigen Angebote des Arbeitgeberbundes vollends seien ein Hohn für die Arbeiterschaft. Ähnlich sprachen sich die Kollegen Fürt, Fischer und Engelbrecht aus. Uebereinstimmend sprachen die Disfunktionsredner die bestimmte Erwartung aus, daß die Führer an ihrem Verlangen, das die unterste Grenze des zu Erzielenden darstellt, unter allen Umständen festhalten. Wenn bis jetzt trotz der ablehnenden Haltung der Arbeitgeber gegen jede Teuerungszulage in der Kriegszeit Ruhe herrsche in den Kreisen der Arbeiter, so sei das ohne Zweifel das Verdienst der Führer; und wenn die jetzigen Forderungen von dem Unternehmertum und von bürgerlichen Kreisen überhaupt auf die Vergebung durch die Führer zurückgeführt werde, so sei das eine Irreführung der Öffentlichkeit; denn auch diese Kreise seien sich völlig darüber im Klaren, daß diese Forderungen auf die Gesamtheit der im Baugewerbe tätigen Arbeiter zurückzuführen seien. Endlich verlange es die Rücksicht auf die im Felde stehenden Kameraden, daß mit allem Nachdruck mindestens an der von der Verhandlungskommission aufgestellten Forderung festgehalten werden müsse. Nach einem Schlußwort des Gauleiters Kemmer wurde einstimmig folgende Entschließung angenommen: „Die Versammlung hat sich eingehend mit dem Lohnangebot der Arbeitgeber zur Tarifverlängerung beschäftigt und muß dieses als durchaus ungenügend bezeichnen. Denn die wöchentliche Mehraufwendung für die Nahrungsbeschaffung einer vierköpfigen Familie beträgt im Dezember 1915 in München M 11,69 mehr gegenüber der Zeit vor dem Kriege. Seit Dezember 1915 sind aber die Preise noch weiter gestiegen. Dazu kommen noch die ungeheuer gestiegenen Preise für Seife, Feuerung, Schuhe, Kleidung usw. Die Erhöhung des Lohnangebots ist daher unumgänglich notwendig.“ Die Versammlung spricht der Verhandlungskommission ihr Vertrauen aus und beauftragt dieselbe, für eine ausreichende Lohnsteigerung zu wirken.“

Niesky. Am 6. März fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Gauleiter gab das Ergebnis der Tarifverhandlungen bekannt. Die bisherigen Zugeständnisse seien von den Arbeitgebern abgelehnt worden, weil sie den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen. Sämtliche Anwesenden waren damit einverstanden und verlangten eine höhere Lohnaufbesserung; denn bei der jetzt immer mehr steigenden Teuerung sei es nicht mehr möglich, mit dem bisherigen Verdienst auszukommen. In verschiedenen Industrien sei schon eine Teuerungszulage gewährt worden, wogegen von Seiten unserer Arbeitgeber im Baugewerbe nichts getan worden sei. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 6. März stattfindende Mitgliederversammlung der Zimmerer nimmt Kenntnis von den Tarifverhandlungen. Sie erklärt das Angebot für ungenügend, weil es einen auch nur einigermaßen Ausgleich für die Teuerung nicht bietet. Die Versammelten sind vielmehr der Meinung, daß unsere Vertreter richtig gehandelt haben, indem sie das Angebot der Arbeitgeber ablehnten, und sie sind weiter der Ansicht, daß, wenn weitere Verhandlungen stattfinden sollten, auch unsere Vertreter daran teilnehmen können, allerdings nur unter der Voraussetzung, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe ein den jetzigen Teuerungsverhältnissen entsprechendes Angebot macht.“

Nossen. In der letzten Zahlstellenversammlung erstattete der stellvertretende Gauleiter, Kamerad Köhler, Bericht über die in Berlin stattgefundenen Einigungsverhandlungen, betreffend Verlängerung des Tarifvertrages im deutschen Baugewerbe. Das Ergebnis derselben wurde als unzureichend bezeichnet und eine Resolution angenommen, in der das ablehnende Verhalten der Vertreter der Organisation gutgeheißen wurde.

Benzig i. Schl. Am 5. März fand hier eine Mitgliederversammlung der Zimmerer statt. Kamerad Köhler gab den Bericht über die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe. Die Kameraden waren mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden. Eine entsprechende Resolution wurde angenommen.

Ruppertsdorf. Am 4. März erstattete Gauleiter Köhler-Dresden in einer Mitgliederversammlung Bericht über die in Berlin stattgefundenen Tarifverhandlungen im Baugewerbe. In der Aussprache äußerten alle Redner, daß das von den Arbeitgebern gemachte Angebot einer Teuerungszulage durchaus ungenügend sei. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Angebote der Unternehmer zurückweist und weiteres Entgegenkommen erwartet. In der weiteren Aussprache wurde festgestellt, daß der Bauunternehmer Ferd. Wör (Bauverwaltung) in Gernhüt seinen bei ihm beschäftigten Zimmerern nicht den Tariflohn, sondern 2 % unter Tarif zahlt. Allgemeiner Unwille herrschte bei den Versammelten über ein solches Verhalten. Da die Firma Wör auch sämtliche Bauarbeiten für die Gemeinde Gernhüt ausführt, so ist es um so mehr zu verwundern, daß sie ihren Zimmerern in einer solchen schweren Zeit nicht einmal den Lohn zahlt, der vereinbart ist und auch von allen übrigen Baufirmen gezahlt wird. Die Versammlung beschließt, Herrn Wör auf sein tarifwidriges Verhalten aufmerksam zu machen und ihn zu ersuchen, den Zimmerern ebenfalls den Tariflohn zu zahlen. Jedenfalls aber zeigen solche Zustände, daß die Zimmerer alle Ursache haben, noch mehr als bisher zu ihrer Organisation zu halten, damit diese Lohnrückereien beseitigt werden.

Zaarbrücken. Am 9. März beschäftigte sich eine gut besuchte Zimmererversammlung mit dem Bericht über die zentralen Verhandlungen in Berlin, der von Kamerad Schilling in ausführlicher Weise gegeben wurde. In einer regen Diskussion sprachen sich alle Redner dahin aus, daß sie mit der Haltung der Verhandlungskommission vollständig einig seien und von den Unternehmern erwarten, daß sie der außerordentlichen hohen Forderung Nachdruck tragen und dementsprechend das gemachte Angebot verbessern. Ein Tarifvertrag mit dem von den Arbeitgebern gemachten Lohnsatz ist für uns eine Unmöglichkeit.

Schlau a. d. Eree. Am 27. Februar fand in Raafelds Restaurant eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst ehrten die Anwesenden das Andenken der im Felde gefallenen Kameraden Emil Lehmann aus Oppach und Reinhold Gänfel aus Schirgisdalbe. Hierauf gab Kamerad Köhler aus Dresden einen ausführlichen Bericht über die Tarifverhandlungen für das Baugewerbe, der von den Mitgliedern mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen wurde. Nach kurzer Debatte stimmten sämtliche Mitglieder folgender Resolution zu: „Die Versammelten erklären, daß ihnen das gemachte Angebot nicht genügt, sie sind mit dem ablehnenden Standpunkt ihrer Vertreter voll und ganz einverstanden und erwarten, falls neue Verhandlungen stattfinden, daß dann ein besseres Angebot gemacht wird, damit wenigstens ein kleiner Ausgleich der zurzeit herrschenden Teuerung erfolgt.“ Vom Kassierer wurde sodann der Jahresabschluss und die Abrechnung vom vierten Quartal vorgelesen. Am Schlusse des Jahres 1914 zählten wir noch 38 zahlende Mitglieder; 45 Mitglieder waren bis dahin zum Militär eingezogen. Im Laufe des Jahres 1913 haben sich 11 Mitglieder neu angemeldet, ausgeschieden sind 4, zum Militär eingezogen 19, so daß insgesamt 64 Mitglieder unserer Zahlstelle Heeresdienste leisten. 26 Mitglieder sind unserer Zahlstelle noch verblieben. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M 690,30; für Familienunterstützung im Mai und Dezember wurden M 522,50 ausgegeben, für Arbeitslosen- und Ausgesteuertenunterstützung M 98,40. Die Lokalkasse schloß mit einem Bestand ab von M 795,03. Anschließend an den Bericht wurden Wahlen vorgenommen. Weiter wurde beschlossen, den 64 Kriegsdienst leistenden Kameraden je ein Liebesgabenpäckchen zu überweisen im Werte von M 1. Nachdem noch der Referent die Mitglieder ermahnt hatte, tüchtig für den Verband zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Sommerfeld. Am 3. März fand eine gut besuchte Versammlung statt. Kamerad Köhler gab das Ergebnis der Tarifverhandlungen bekannt. Die Zugeständnisse hätten die Arbeitervertreter abgelehnt. Sämtliche Anwesenden waren damit einverstanden und verlangten eine Lohnaufbesserung, die der großen Teuerung entspricht. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 3. März stattfindende Zimmererversammlung nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Tarifverhandlungen. Unsere Vertreter haben ganz im Sinne der Zahlstelle gehandelt, als sie das Angebot ablehnten. Sollte ein günstigeres Angebot von den Arbeitgebern gemacht werden, so erwarten wir, daß unsere Vertreter energisch unsere Interessen wahrnehmen.“

Spremberg. Eine Zimmererversammlung am 7. März besprach den Bericht von den Verhandlungen, die am 11. Februar stattgefunden haben. Die Versammelten erklärten einmütig, daß das gemachte Angebot des Arbeitgeberverbandes ungenügend sei. Sie begrüßten die Haltung ihrer Vertreter und stimmten der Ablehnung des Angebotes zu. Sie waren jedoch der Meinung, daß, wenn von irgendeiner Seite neue Verhandlungen eingeleitet würden, unsere Vertreter weiter verhandeln sollten, und zwar auf Grundlage eines besseren Angebotes als das bisherige. Die Versammelten haben zu ihren Vertretern das volle Vertrauen, daß sie bei neuen Verhandlungen die Mitgliederinteressen nach jeder Richtung hin wahren werden.

Uelzen. Am 5. März tagte unsere Mitgliederversammlung, in der folgende Resolution einstimmig angenommen wurde: „Die Versammlung ist mit dem Verhalten des Hauptvorstandes in der Tariffrage einverstanden. Sie ist der Meinung, daß die Arbeitgeber wohl in der Lage sind, ein höheres Angebot zu machen, da sie gut bezahlte Militärarbeiten übernehmen. Des Weiteren sind die Lebensmittelpreise um 100 pZ gestiegen, somit ist eine dreißigprozentige Lohnzulage wohl berechtigt. Die Versammlung beauftragt den Hauptvorstand, wenn es wieder zu Verhandlungen kommen sollte, die Interessen der Mitglieder so zu vertreten, wie er es bis jetzt getan hat.“

Zwickau. In der am 16. Januar tagenden Versammlung wurde über die kommenden Tarifverhandlungen im Baugewerbe eine Aussprache herbeigeführt. Die Kameraden erwarteten von Seiten der Arbeitgeber in den am 11. Februar stattfindenden Verhandlungen, den Verhältnissen entsprechend, ein befriedigendes Angebot.

Am 12. März tagte eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Der bevorstehende Ablauf des Tarifvertrages und die bisherigen Verhandlungen.“ Kamerad Hofe-Leipzig behandelte eingehend den Verlauf der Verhandlungen und die Ursachen, die die Vertreter der Arbeitnehmer veranlaßte, das Angebot der Arbeitgeber abzulehnen. Die folgenden Redner waren deshalb auch mit dem Vorgehen der Verhandlungsstände einverstanden. Die enorme Steigerung der Lebensmittel ist nur durch einen höheren Lohnausgleich einigermaßen sicherzustellen. Die Kameraden erwarten bei Wiederaufnahme der Verhandlungen ein günstigeres Angebot von Seiten der Arbeitgeber. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute, am 12. März, stattfindende Versammlung der Zimmerer nimmt Kenntnis von den zentralen Verhandlungen in Berlin. Die Versammelten bezeichnen die dort in Vorschlag gebrachte Teuerungszulage als ungenügend, um auch im entferntesten als ein Ausgleich gelten zu können für den Mehraufwand, den der einzelne unter den obwaltenden Umständen hat, und durchaus nicht für geeignet, den Frieden im Baugewerbe zu wahren. Sollte dieser aber weiter ermöglicht werden, so ist notwendig, daß Angebote gemacht werden, die die momentanen Verhältnisse berücksichtigen.“

Sterbetafel.

Vielefeld. Anfang Januar starb in der Heilanstalt in Ostpreußen unser Mitglied August Girnus im Alter von 42 Jahren.

Breslau. Hier starb im Alter von 47 Jahren das Mitglied Wilhelm Woschlinzky.

Chemnitz. Am 10. Februar starb nach längerer Krankheit das Mitglied Edward Schüller, 59 Jahre alt. — Am 10. März starb das Mitglied Hans Tittel im Alter von 81 Jahren an der Prostatarierkrankheit.

Sagen i. B. Am 10. März starb nach längerer Krankheit das Mitglied Wilhelm Blödel im Alter von 36 1/2 Jahren.

Kiel. Am 28. Februar starb in Brees das Mitglied Wilhelm Behrends und am 24. Februar in Kiel das Mitglied Heinrich Horstmann.

Münsterberg. Am 10. März starb unser Mitglied Stefan Braun, 35 Jahre alt, ledig, an Lungenschwindsucht.

Baugewerblides.

Risiko der Bauarbeiter. Auf dem Neubau der Firma Diederhoff & Widmann in Karlsruhe ereignete sich am 10. März ein schwerer Unglücksfall. Ein umfallender Balken traf den Zimmermann Lump so unglücklich am Kopfe, daß er in bewußtlosem Zustande in das städtische Krankenhaus überführt werden mußte. Der Unfall hätte sich vermeiden lassen, wenn die Firma die Unfallverhütungsvorschriften beachten würde. Das ist aber leider nicht der Fall, und es ist fast ein Wunder, daß nicht mehr Unfälle passieren.

Die Lage des Arbeitsmarktes für das Baugewerbe Ostpreußens im Februar hat sich nach dem Berichte des ostpreußischen Arbeitsnachweisverbandes (G. B.) gegen den Vormonat nicht wesentlich geändert. Da die Bautätigkeit infolge der ungünstigen Witterung noch nicht aufgenommen werden konnte, ist eine stärkere Nachfrage nach Bauhandwerkern nicht zu verzeichnen. Bei Beginn der Bauperiode ist aber mit einem sofortigen starken Bedarf an Maurer- und besonders Zimmergesellen bestimmt zu rechnen. Ein starker Zug von auswärtigen Bauarbeitern wird dringend erwünscht und erforderlich sein. Der in Ostpreußen für Maurer und Zimmerer gezahlte Stundenlohn beträgt jetzt durchschnittlich 90 s. Die Reiselosn werden vom Arbeitgeber erstattet. Für die Unterbringung der Arbeiter soll durch Errichtung von Baracken und auf sonstige Art vorgesorgt werden.

Der Arbeitsmarkt im Holzgewerbe hat eine weitere Belebung nicht zu verzeichnen, doch dürfte sie mit der Aufnahme der Bautätigkeit mit Sicherheit zu erwarten sein. Die Tariflöhne für Tischler sind in der Provinz schon jetzt überboten; durchschnittlich werden 60 bis 70 s Stundenlohn gezahlt.

Ueber die Arbeitsbedingungen und Arbeitsvermittlung geben Auskünfte die Arbeitsnachweise für das Baugewerbe und Holzgewerbe, Königsberg, Klapperwieße 3, die auch Anweisung zur Erlangung der Fahrpreisermäßigung von 1 s pro Kilometer an Arbeiter ausstellen, die in Ostpreußen Arbeit annehmen wollen.

Bericht der Bauarbeiter-Schutzkommission von Hamburg, Altona und Umgebung für das Jahr 1915. Der Weltkrieg hat das ganze Berichtsjahr hindurch getobt, und noch ist sein Ende nicht abzusehen. Je länger der Krieg dauert, um so stärker leidet natürlich das ganze Wirtschaftsleben, auch das Baufach. Viele Familien, von denen der Ernährer gefallen oder dauernd zum Krüppel geworden ist, schränken sich in erster Linie mit den Wohnungsverhältnissen ein. Die Zahl der Geschlechtslosen ist bedeutend niedriger als in Friedenszeiten. Der sonst übliche Zugang von außerhalb bleibt während des Krieges fast völlig aus, und so tritt eine Vermehrung der bestehenden Wohnungen ein, obgleich die Bautätigkeit zur Herstellung von Wohnungen gleich nach Ausbruch des Krieges gänzlich ins Stocken geraten ist. Waren schon im Vorjahre Baugelder und Hypotheken fast gar nicht und selbst bei hohen Zinsen schlecht zu bekommen, so war im Laufe des Berichtsjahres dieser Geldverfehler gänzlich eingestrichelt worden, was zum Teil auch in den verschiedensten Kriegsangelegenheiten mit seine Ursache hatte.

Die Bestrebungen der örtlichen und der Bezirks-Kriegsarbeitsgemeinschaft zur Beschaffung billiger Baugelder bei den Behörden und Versicherungsanstalten blieben erfolglos, weil sie auch an verschiedenen andern Stellen nicht die genügende Unterstützung fanden. Dagegen hat die Kriegsarbeitsgemeinschaft zur Beschaffung von kommunalen und städtischen Bauarbeiten ihr reißlich Teil beigetragen und dadurch die Arbeitslosigkeit in verschiedenen Gruppen des Baugewerbes etwas vermindern helfen. Singu kann noch, daß mit der Dauer des Krieges auch verschiedene Baumaterialien ganz enorm im Preise stiegen, so daß nur noch baute, wer absolut mußte. Die Folge war, daß in einzelnen Branchen des Baugewerbes, trotz ständiger Eingiehung zum Heere, laufend starke Arbeitslosigkeit herrschte, dagegen in verschiedenen Gruppen eine Knappheit an Arbeitskräften eintrat. Am schlimmsten litten die Maurer und Maler unter der Arbeitslosigkeit.

Der Rückgang der Bautätigkeit während der Kriegszeit drückt sich am besten in nachstehenden Zahlen aus. In der Woche vom 11. bis 16. Oktober zählte der Bauarbeiterverband im ganzen Gebiet, wofür die Bauarbeiter-Schutzkommission zuständig ist, nur 103 Baustellen gegen 714 im Jahre 1912. Von den 103 Baustellen waren nur 51 Neubauten. In demselben Verhältnis steht natürlich auch die Zahl der Beschäftigten. Waren in normalen Jahren vor dem Kriege 18000 bis 20000 Bauhandwerker in Hamburg und Umgebung beschäftigt, so ist diese Zahl auf 8000 bis 3500 herabgegangen.

Der Bauarbeiter-Schutz ist an den Bauten während der Berichtsjahre leider lange nicht so beachtet worden wie in früheren Jahren. Während des sogenannten Burgfriedens schneidet mancher Bauarbeiter, der sonst noch einmal eine Lippe riskierte. Der frühere impulsive Geist, der hier und da noch vorhanden war, ist gänzlich von den Bauten geschwunden. Das mag vielleicht mancher Unternehmer mit Freuden begrüßt haben; dieser Zustand liegt aber nicht im Interesse der organisierten Bauarbeiter, noch viel weniger

aber im Interesse des Bauarbeiter-Schutzes. Auf diesen Gebieten muß nach dem Kriege der Hebel zunächst angelegt werden. Wir lassen, wie alljährlich, die amtliche Statistik über die Bautätigkeit in Hamburg folgen.

Monat	Neubauten an Wohnzwecken	Geschäftshäuser, Fabriken und Speicher	Stallgebäude und Schuppen	Theater, Kirchen und Schulen	Um- und Umbauten	Summe der Bauten überhaupt
Januar	15	12	17	10	2	56
Februar	12	7	18	—	3	40
März	37	6	24	2	4	73
April	7	6	6	—	7	26
Mai	7	2	12	10	3	34
Juni	4	6	7	11	9	37
Juli	4	3	16	3	6	32
August	10	1	5	7	1	24
September	44	6	8	6	5	69
Oktober	4	3	6	4	5	22
November	3	7	13	6	—	29
Dezember	5	7	6	—	3	21
Insgesamt	152	66	138	59	48	463

Ein Vergleich der Neu-, Um- und Umbauten in dem letzten zwölf Jahren ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich. Es wurden fertiggestellt:

Jahr	Neubauten an Wohnzwecken	Geschäftshäuser, Fabriken und Speicher	Stallgebäude und Schuppen	Theater, Kirchen und Schulen	Um- und Umbauten	Summe der Bauten überhaupt
1904	845	83	349	54	118	1449
1905	935	108	358	47	125	1573
1906	1060	125	420	31	115	1751
1907	988	155	480	43	138	1754
1908	792	158	438	48	135	1561
1909	797	117	322	22	108	1366
1910	1477	174	450	54	230	2385
1911	931	127	368	41	188	1655
1912	902	146	337	73	173	1631
1913	705	117	391	100	151	1464
1914	425	98	325	98	135	1076
1915	152	66	138	59	48	463

In den übrigen Ortschaften des Bezirkes der Bauarbeiter-Schutzkommission ist die Bautätigkeit im Berichtsjahre noch stärker zurückgegangen. Hamburg als selbständiger Staat konnte immerhin noch öffentliche Gebäude errichten respektive bauen lassen und das Geld dazu anleihen. Altona, Wandsbek und Wilhelmshagen dagegen wollten gern bauen, konnten aber nicht, weil sie die Genehmigung von Preußen haben mußten. Mit dem Rückgang der Bautätigkeit verminderten sich auch die Mißstände respektive Verstöße gegen den Bauarbeiter-Schutz. Im ganzen wurden der Kommission 184 Verstöße und 7 schwere Unfälle gemeldet, von letzteren verließen 3 tödlich. Von den 184 Verstößen entfallen auf Hamburg 162, Altona 12, Wandsbek 4, Wilhelmshagen 3 und Stellingen 3. Dieselben waren folgender Art:

Abdeckung der Balkenlagen ungenügend	14
Abortanlagen unvorschriftsmäßig	6
Baubanden zu klein	21
" undicht	4
" in denen die Fenster nicht zu öffnen waren	3
" ohne Dien im Winter	8
Bauten ungenügend gedichtet	5
Gelüste sehr mangelhaft hergestellt	4
" ohne Brüstwehr	2
Keine Gürtel für Dachdecker oder Klempner	3
Reinerei Schutzdächer für Klempner oder Dachdecker	12
Laufstege und Ausbrücken sehr mangelhaft	7
Leitungsänge unvorschriftsmäßig	7
Mangelhafte Rettungsvorkehrungen bei Tiefbauten	4
Mangelhafte Schutzvorrichtungen an Maschinen und Kesseln	2
Piffstire fehlten gänzlich	11
Schutzgerüste fehlten ganz	22
" mangelhaft	5
Unfallverhütungsvorschriften fehlten	15
Verordnung des Senats von 1908 war nicht ausgehängt	19
Verbandtafeln fehlten	10
Insgesamt	184

Die vorgenannten Verstöße wurden fast ausschließlich mündlich oder schriftlich mit den beteiligten Firmen geregelt; nur in fünf Fällen wurde der Baupolizei schriftlich Mitteilung gemacht.

Die Korrespondenz betrug im Ausgang 77 Briefe und 12 Karten.

Unter dem Titel: „Dringlicher Schutz der Arbeiter“ hat das Reichsversicherungsamt unter dem 2. Juni ein Rundschreiben an die Berufsgenossenschaften gerichtet, worin es diesen zur Pflicht gemacht wurde, auch während des Krieges den Arbeitern ausreichenden Schutz zu gewähren. Die Genossenschaftsvorstände sollten der Durchführung des technischen Aufsichtsdienstes auch während der Kriegszeit gebührende Beachtung schenken und auf tüchtigste Ausfüllung der durch Einberufungen entstandenen Lücken bei den technischen Aufsichtsbeamten ersichtlich Bedacht nehmen. Am Schlusse des Rundschreibens finden sich folgende beherzigenswerte Sätze: „Die im Dienst des Wirtschaftslebens während des Krieges tätige Arbeiterschaft muß nach Möglichkeit vor Unfallgefahren geschützt werden. Bei den Opfern an Menschenleben, die der Krieg fordert, ist eine schonende Behandlung unserer Lebenden Wertquellen nicht bloß ein Gebot der Sittlichkeit, sondern auch der Volkswirtschaft.“ In dieser Auffassung stimmen wir vollständig mit dem Reichsversicherungsamt überein, wünschen jedoch, diesen Grundsatz und seine Durchführung auch auf die Friedenszeit zu übertragen.

Zum Schlusse unseres Berichtes wollen wir nochmals darauf hinweisen, daß der seit dem 1. April 1912 angestellte Kontrolleur für den Bauarbeiter-Schutz, der Genosse Carl Marchardt (Zimmerer), leider am 25. April 1915 bei einem Sturmangriff dem Weltkrieg zum Opfer gefallen ist. Im „Hamburg Echo“ vom 4. Mai ist ihm ein wohlverdienter Nachruf gewidmet worden. Ebenfalls hat die Kommission der Frau des Verstorbenen schriftlich ihr tiefstes Bedauern zum Ausdruck gebracht und seine Verdienste anerkannt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Kriegswirkungen im Deutschen Bauarbeiterverband.
Wie wir der neuesten Nummer des „Grundstein“ entnehmen, hat der Vorstand des Bauarbeiterverbandes durch eine besondere Erhebung die wichtigsten Tatsachen aus dem Verbandsleben des Jahres 1915 festgestellt. Ein Teil der Ergebnisse dieser Erhebung gelangt in der gleichen Nummer des „Grundstein“ zum Abdruck. Daraus ergibt sich, daß die Mitgliederzahl des Bauarbeiterverbandes, die am 1. Juli 1914 309 562 betrug, bis 31. Dezember 1915 auf 83 145 oder 26,86 pSt. des Bestandes vor dem Kriege zurückgegangen ist. Das ist natürlich in erster Linie durch die Einziehung eines großen Teils der Mitglieder zum Wehrdienst verursacht, deren Zahl sich am 31. Dezember 1915 auf 166 478 oder 53,78 pSt. des ursprünglichen Bestandes belief. Neueingetretene sind im Jahre 1915 18 110 Mitglieder, während 22 533 Mitglieder in dem gleichen Zeitraum ausgeschieden sind. Läßt man den Zugang an Mitgliedern unberücksichtigt, der übrigens im „Grundstein“ nur für das Jahr 1915 mitgeteilt ist, nicht für die ganze Dauer des Krieges, dann stellt sich der Mitgliederverlust seit Ausbruch des Krieges auf 59 939 oder 19,36 pSt.

Das ist eine sehr schwerwiegende Mitgliederabnahme, die lebhaft zu bedauern ist. Ihre Ursachen werden sich kaum jemals restlos aufklären lassen. Im „Grundstein“ wird dazu bemerkt: „Die mit der Mitgliederbewegung zusammenhängenden Zahlen zeigen uns den ganzen Ernst der Kriegszeit. Fast auf ein Viertel des früheren Bestandes ist die Mitgliederzahl während des Krieges herabgegangen, wobei freilich in den Bezirken Verschiebungen auftreten. . . . Die Zahlen der zum Wehrdienst Eingezogenen werden im allgemeinen zu niedrig sein, doch ist wohl kaum anzunehmen, daß wir jemals die volle Zahl der Eingezogenen erhalten werden. In einigen Vereinen scheint man die Zahl der Eingezogenen nur geschätzt und dabei überschätzt zu haben. . . . Klar ersichtlich ist nur das eine, daß mehrere Zehntausende von Mitgliedern fahnenflüchtig gemorden sind und den Verband verlassen haben. Mit Schluß des Jahres stellte sich der Fehlbetrag auf rund 80 000, wovon nur für 22 533 der Grund des Ausscheidens festzustellen war. Wieviel von den übrigen zum Heere eingezogen sind, ohne sich je abgemeldet zu haben, kann man nicht sagen, doch darf man ihre Zahl nicht allzu hoch veranschlagen. Die Masse der fehlenden Mitglieder ist eben einfach davongelaufen.“

Für Unterstützungen hat der Bauarbeiterverband im Jahre 1915 erhebliche Aufwendungen gemacht, nämlich M 3 256 997. Davon kommen M 926 770 auf Notstands- und Arbeitslosenunterstützung und M 2 029 534 auf Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer; der Rest auf Unterstützungen anderer Art. Daß trotz so erheblicher Aufwendungen für die Linderung der Kriegsnöte dem Verbands so viele Mitglieder den Rücken gefehrt haben, zeugt zum mindesten von einer überaus großen Interesselosigkeit, die weite Kreise hausgemachter Arbeiter ihrer Gewerkschaft entgegenbringen. Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß eine derartige Interesselosigkeit nur in Mitgliederkreisen des Bauarbeiterverbandes zu finden wäre. O nein, sie ist leider mehr oder minder stark in allen Gewerkschaften anzutreffen; auch in unserm Zentralverbande. Unser Zentralverband hat ebenfalls einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten. Obgleich er geringer ist, als ihn bedauerlicherweise andere Gewerkschaften für sich zu konstatieren gezwungen sind, ist er trotzdem noch zu groß. Wie das endgültige Resultat unserer monatlich zweimal erscheinenden statistischen Feststellungen ausweist, wurden am 24. Dezember 1915 noch 20 715 Verbandsmitglieder ermittelt. Diese Zahl dürfte dem Bestande vom 31. Dezember 1915 entsprechen. Richt man in Betracht, daß unser Verband bei Ausbruch des Krieges beziehungsweise am 1. Juli 1914 62 673 Mitglieder zählte, dann ergibt sich, daß uns am 31. Dezember 1915 noch 33,05 pSt. des früheren Bestandes verblieben waren. Als zum Heeresdienst eingezogen wurden bis Ende 1915 37 776 Mitglieder oder 60,28 pSt. des Bestandes vor dem Kriege festgestellt. Demnach würde — den Zugang außer Betracht gelassen — der Verlust 4182 oder 6,67 pSt. betragen.

Solche Feststellungen, wie die vorgezeichnete Art, sind für alle Gewerkschaften gleich schmerzlich, dennoch sind sie nicht zu umgehen. Vielleicht bewirken sie — und das soll ja letzten Endes doch nur ihr Zweck sein —, daß die noch verbliebenen Mitglieder der Gewerkschaften nicht nur energisch einem weiteren Rückgange steuern, sondern auch tatkräftig auf die Werbung neuer Mitglieder Bedacht nehmen. Geschieht das, dann können auch derartige Feststellungen nicht schaden.

Der Bergarbeiterverband im Kriegsjahre 1915.

Wie alle andern Gewerkschaften, so hat auch der Bergarbeiterverband unter der Wirkung des Krieges zu leiden. Schon in den ersten Kriegsmontaten 1914 wurde der größte Teil der Verbandsfunktionäre aus den Bezirks- und Zahlstellenleitungen zum Heeresdienst eingezogen. Dadurch wurde die Erledigung der Verbandsgeschäfte sehr erschwert, und es gingen deshalb dann auch viele Zahlstellen ein. Das Jahr 1915 hat in dieser Beziehung keine Besserung gebracht. Immer neue Lücken wurden in die Mitgliedschaften gerissen. Trotzdem steht der Verband, wie der Jahresabschluss für 1915 zeigt, gefestigt da. Manche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und auch des Knappschaftswesens konnten erreicht werden. Wenn nicht alle Wünsche der Bergarbeiter in Erfüllung gingen, so liegt das nicht zuletzt daran, daß noch ein großer Teil der Bergleute unorganisiert ist und deshalb den Bestrebungen der Organisation teilnahmslos gegenübersteht.

Der Verband zählte am Jahreschluß 46 371 Mitglieder. Zum Heeresdienst eingezogen waren 40 106 Mitglieder, darunter 47 Verbandsangestellte und 33 017 Verheiratete. 2468 Mitglieder wurden aus dem Kriegsdienst entlassen, während 2656 als gefallen gemeldet wurden. Die Zahl der Neuaufnahmen ist von 18 260 im Jahre 1914 auf 6528 im Berichtsjahre zurückgegangen. An Mitgliederbeiträgen gingen M 985 317 ein gegenüber M 1 580 554 im Vorjahre. An Sozialbeiträgen, Extramariken und sonstigen Einnahmen wurden M 27 744 und an Zinsen M 134 883 vereinnahmt. Die Gesamteinnahme betrug M 1 174 873. Die Ausgaben für Unterstützungen betragen insgesamt M 415 977, darunter M 178 258 Kriegsunterstützung.

M 174 934 Krankenunterstützung. Der Vermögensstand in der Hauptkasse betrug am Jahreschluß M 3 443 087 gegenüber M 3 158 161 im Vorjahre. In den Bezirks- und Ortskassen befanden sich noch M 60 354, so daß am Jahreschluß ein Gesamtvermögen von M 3 503 754 gegenüber M 3 207 861 im Vorjahre vorhanden war. Der Vermögensbestand hat sich im Jahre 1915 also um M 235 893 vermehrt. Auf den Kopf des Mitgliedes entfiel 1915 ein Vermögen von M 73,04, während es im Vorjahre M 39,63 betrug.

Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfasskasse in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et.
Postcheckkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 29. Februar 1916 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungsstellen: Altdamm M 50, Berlin VIII 400, Burg 150, Dackau 55, Enkheim 15,58, Geesthacht 100, Hamburg V 120, Kleinglienide 50, Konstanz 51,46, Lörrach 226,96, Wiesbach 35,53, Minden 100, Nauen 80, Neumünster 22, Neu-Weizow 24,38, Pantow 100, Saalfeld 15, Schönherlde 150, Seeligenstadt 36,28, Straßburg i. d. L. 5,84, Wannsee 75, Weimar 80, Wieblingen 20, Wilsdruff 50. Summa M 2013,03.

Zuschuß erhielten: Arnstadt M 60, Augsburg 50, Barmen 30, Berlin II 200, Bremerhaven 100, Buzslau 200, Coblenz 600, Cöpenid 200, Crefeld 75, Darmstadt 70, Deuben 60, Doberan 70, Dresden I 200, Essen 100, Freiburg 100, Friedrichshagen 250, Gelsenkirchen 50, Göttingen 100, Großenritte 40, Gr.-Lichterfelde 100, Gr.-Otterleben 80, Gr.-Wolken 75, Gr.-Zschwitz I 100, Gr.-Zschwitz II 50, Hamborn 100, Hamburg I 100, Hamburg II 100, Hamburg III 240, Hamburg 100, Heidelberg 80, Heidenfels 186,50, Heilbronn 150, Kellinghusen 60, Kempten 100, Kiel-Gaarden 300, Laußa 75, Lehm 50, Liegnitz 50, Lübeck 300, Ludwigshafen 100, Mainz 100, Mannheim 150, Marburg

100, Mültisch 200, Neufalen 160, Neufalkn 400, Neustettin 75, Ober-Schönweide 40, Ostersheim 100, Pätz 120, Posen 200, Preetz 100, Reinitendorf 75, Roßhof 200, Saarbrücken 100, Schlaben 50, Schmöln 50, Schöneberg 50, Schröd 60, Schmarn 90, Seligenstadt 140, Steegen 50, Tiffin 60, Verzbach 60, Wismar 50, Wittenburg 24, Zellin 117. Summa M 7972,50.

Achtung, Kassierer!

Der Bücherabschluß für das erste Quartal muß unter allen Umständen am 26. März erfolgen. Alle Einnahmen und Ausgaben, die nach dem 26. März erfolgen, sind ohne Ausnahme für das zweite Quartal zu buchen.

Etwa überflüssiges Geld ist vor dem 26. März an die Hauptkasse abzugeben, bei späterer Absendung muß der Betrag für das zweite Quartal gebucht werden.

Bezüglich der Prozentberechnung wird auf den Kommentar zu § 28 Abs. 2 Seite 15 der Geschäftsantweisung aufmerksam gemacht.

Für sonstige Ausgaben müssen Belege beigebracht werden, die vom Empfänger quittiert sind, und aus denen hervorgeht, wofür die Ausgaben gemacht wurden.

Der Vorstand.

Veranstaltungsanzeiger.

Dienstag, den 21. März:

Spandau: Beim Kameraden Gultowski, Bismarckstr. 6.

Freitag, den 24. März:

Cassel: Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obere Karlstraße 17. — Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Samstag, den 25. März:

Mün: Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. — Lauburg a. d. E.: Abends 8 1/2 Uhr bei Paul Paap, Elbstr. 45.

Sonntag, den 26. März:

Memel: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 3 d.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland unsere Verbandskameraden aus folgenden Zahlstellen:

Annaberg-Buchholz: **Arno Böser**, verheiratet, gefallen. — Augsburg: **Josef Rehle**, 26 Jahre alt, ledig, Unteroffizier im 17. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen; **Anton Wörle**, 21 Jahre alt, ledig, Pionier im 1. Bayerischen Pionier-Bataillon, gefallen am 16. Oktober 1915. — Bad Harzburg: **Otto Voigt**, Erfahreservist, gefallen am 19. Januar 1916. — Bad Reichenhall: **Jakob Wigthum**, 38 Jahre alt, verheiratet, diente in einer bayerischen Maschinenwaffen-Abteilung, gefallen am 6. Juni 1915. — Belgern: **Otto Lehmann** und **Otto Wolfram**, gefallen. — Berlin: **Wilhelm Weinreich**, 39 Jahre alt, verheiratet, diente im Infanterie-Regiment Nr. 844, am 6. Dezember im Feldlazarett an Typhus gestorben. — Bielefeld: **Eduard Schöndrodt**, 43 Jahre alt, verheiratet, bis zu seiner Einberufung Vorsitzender unserer Zahlstelle, Landsturmmann im Landsturm-Regiment Nr. 7, gefallen Mitte August 1915; **Otto Scheele**, 25 Jahre alt, ledig, Reservist im Grenadier-Regiment Nr. 4, am 25. September 1915 gefallen; **Karl Sieker**, 27 Jahre alt, ledig, Feldwebel, gefallen; **Heinrich Wandmann**, ledig, gefallen; **Louis Rothast**, ledig, gefallen; **Hermann Esser**, 31 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Infanterie-Regiment Nr. 147, gefallen am 26. Juli 1915. — Brandenburg: **Ernst Juchert**, ledig, früher Schriftführer der Zahlstelle, Gardepionier, gefallen am 22. Februar 1916. — Bremen: **Ad. Schumann**, am 11. Februar 1916 einer schweren Verwundung erlegen; **Bez. Gemelingen: Fr. Büsching**, gefallen am 21. Februar 1916. — Bromberg: **Hermann Breit**, 26 Jahre alt, ledig, Unteroffizier, am 22. Februar 1916 gefallen. — Chemnitz: **Otto Becker**, verheiratet, am 8. Januar 1916 gefallen; **Willy Sölbner**, verheiratet, Unteroffizier, Inhaber des Eisernen Kreuzes und der St.-Heinrichs-Verdienstmedaille, am 5. Februar 1916 gefallen. — Cöln am Rhein: **Albert Weinede**, verheiratet, Pionier, gefallen; **Thomas Fricke**, ledig, am 4. Februar 1915 gefallen. — Eilenach: **Gustav Hartung**, 26 Jahre alt, verheiratet, Pionier, am 21. Februar 1916 gefallen. — Freiberg i. S.: **Max Köhler** aus Großhartmannsdorf, im Dezember 1915 gefallen. — Gera: **Paul Nische**, **Otto Krehl**, **Otto Höffelbarth** und **Emil Scheffel**, gefallen. — Glauch: **Franz Albst**, 21 Jahre alt, ledig, Pionier im Pionier-Bataillon Nr. 6, am 7. Januar 1916 gefallen. — Gollnow: **August Grandt**, verheiratet, am 30. Oktober 1915 gefallen. — Großzimmern: **Leonhard Paß** und **Jean Milmann**, am 15. Februar 1916 schwer verwundet, im Feldlazarett gestorben. — Hamburg: **Willy Meier**, 40 Jahre alt, infolge Erkrankung am 11. Januar 1916 gestorben; **Peter Reil**, 30 Jahre alt, verheiratet, am 15. Dezember 1915 einer Verwundung erlegen. — Hannover: **August Armbracht**, 32 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier in einem Infanterie-Regiment, am 26. Januar 1916 gefallen; **Wilhelm Fehling**, 24 Jahre alt, ledig, Unteroffizier in einem Infanterie-Regiment, gefallen. — Hannover: **Paul Nipel**, gefallen. — Herzleben: **Otto Beck**, gefallen am 25. Februar 1916. — Holzkirchen: **Peter Sturm**, 25 Jahre alt, ledig, Infanterist im 15. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen am 10. Oktober 1914. — Kiel: **J. Grage**, am 10. Oktober 1915 gefallen; **W. Babbe**, am 23. Oktober 1915 gefallen; **J. Starf**, am 22. November 1915 gefallen; **Heinrich Rogge**, am 22. Februar 1916 gefallen. — Königsberg i. Pr.: **Albert Gräber**, 43 Jahre alt, verheiratet, Landsturm-

mann, am 22. Oktober 1915 gefallen; **Friedrich Schwinboth**, 32 Jahre alt, Erfahreservist, am 5. Juni 1915 gefallen; **Rudolf Dzeit**, 27 Jahre alt, verheiratet, Reservist, am 29. August 1914 gefallen; **Eduard Lange**, 32 Jahre alt, verheiratet, Erfahreservist, am 21. Mai 1915 gefallen; **Karl Krause**, 22 Jahre alt, ledig, Feldwebel, im September 1915 gefallen. — Landsberg a. Lech: **Jakob Storf**, 25 Jahre alt, Reservist im 15. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen. — Landshut: **Martin Danner**, 24 Jahre alt, ledig, Infanterist im 2. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen am 17. August 1915; **Jakob Zimmer**, 39 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Bayerischen Infanterie-Regiment Nr. 17, gefallen am 13. Dezember 1914. — Leipzig: **Franz Gädike**, 38 Jahre alt, verheiratet, **Max Marquardt**, 33 Jahre alt, verheiratet, **Paul Kelle**, 24 Jahre alt, verheiratet, **Hugo Pehold**, 27 Jahre alt, ledig, **Willy Schumann**, 25 Jahre alt, ledig, **Emil Reichel**, 26 Jahre alt, ledig, **Otto Hermann**, 21 Jahre alt, ledig; sämtlich gefallen. — Liegnitz: **Karl Klische**, 35 Jahre alt, gefallen. — Löbau: **Paul Senzel**, diente im Pionier-Bataillon Nr. 12, am 18. Oktober 1915 seiner Verwundung erlegen. — München: **Michael Simperle**, 45 Jahre alt, verheiratet, Pionier in der 1. Bayerischen Landsturm-Pionier-Kompagnie, gestorben am 16. November 1915; **Josef Verchl**, 22 Jahre alt, ledig, Infanterist im 20. Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment, gefallen am 25. November 1915; **Josef Leichtle**, 39 Jahre alt, verheiratet, Infanterist im 13. Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment, gefallen am 25. Mai 1915; **Andr. Reimeier**, 26 Jahre alt, ledig, Infanterist im 3. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen im Mai 1915; **Georg Schönmutter**, 24 Jahre alt, ledig, Infanterist im 1. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen im Oktober 1915. — Neugersdorf: **Ernst Kreuziger**, Pionier, gefallen. — Neutriburg: **Joh. Kuchs**, 24 Jahre alt, aktiver Soldat, gefallen; **Georg Hilbert**, 24 Jahre alt, Reservist, gefallen; **Wolfgang Grebler**, 28 Jahre alt, Pionier, gefallen am 28. Februar 1916; **Georg Klaußner**, 21 Jahre alt, diente im Infanterie-Regiment, gefallen am 23. Januar 1916; **Michael Schaufser**, 21 Jahre alt, gefallen. — Oldenburg: **Dieter Klauer**, gefallen. — Plau i. M.: **Emil Krohn**, 21 Jahre alt, ledig, gefallen im Dezember 1914; **Wilh. Puls**, 27 Jahre alt, ledig, Unteroffizier im Jäger-Bataillon, gefallen im Juni 1915. — Regensburg: **Johann Schneider**, 21 Jahre alt, ledig, Erfahreservist im 13. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen am 10. Oktober 1915. — Rosenheim: **Jakob Ripp**, 28 Jahre alt, verheiratet, Reservist im 12. Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment, gefallen am 20. August 1914. — Sonneberg: **Anton Dötschel**, 21 Jahre alt, ledig, gefallen am 29. Februar 1916. — Spandau: **Otto Torge**, 35 Jahre alt, verheiratet, im 3. Pionier-Bataillon, im Juli 1915 gefallen; **Karl Neumann**, 38 Jahre alt, verheiratet, im 3. Pionier-Bataillon, am 25. Juli 1915 gefallen; **Otto Hübner**, 29 Jahre alt, verheiratet, Infanterie-Regiment Nr. 35, gefallen im September 1915; **Eduard Benke**, 40 Jahre alt, verheiratet, im 3. Pionier-Bataillon, gefallen im März 1915; **Gustav Wülfche**, 34 Jahre alt, verheiratet, zweiter Vorsitzender der Zahlstelle, im 3. Pionier-Bataillon, gefallen. — Weilheim: **Georg Wagner**, 39 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im 1. Bayerischen Infanterie-Regiment, gefallen am 22. Juli 1915. — Zittau: **Kurt Bormann**, gefallen.

Chre ihrem Andenken!